

Stenographisches Protokoll.

54. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Montag, den 19. Jänner 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Unterkircher und Genossen (305 der Beilagen), betreffend die Herausgabe der Statistik der Wahlen zur Nationalversammlung und den Landtagen (554 der Beilagen). — 2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag des Abgeordneten Dr. Gürler und Genossen (454 der Beilagen), betreffend die Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes (594 der Beilagen). — 3. Erste Lesung der Vorlage der Staatsregierung (613 der Beilagen), betreffend das Wehrgesetz. — 4. Erste Lesung der Vorlage der Staatsregierung (623 der Beilagen), betreffend die große Vermögensabgabe.

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1515).

Vorlage der Staatsregierung.

Zuweisung der Vorlage 622 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 1488).

Tagesordnung.

Ablieferung des Berichtes des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag des Abgeordneten Dr. Gürler und Genossen (454 der Beilagen), betreffend die Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes (594 der Beilagen) von der Tagesordnung (Seite 1516).

Verhandlungen.

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Unterkircher und Genossen (305 der Beilagen), betreffend die Herausgabe der Statistik der Wahlen zur Nationalversammlung und den Landtagen (554 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Dr. Wagner [Seite 1515] — Annahme des Antrages des Verfassungsausschusses [Seite 1515].

Erste Lesung der Vorlage der Staatsregierung (613 der Beilagen), betreffend das Wehrgesetz (Redner: die Abgeordneten Dr. Schürr [Seite 1516], Dr. Mataja [Seite 1519], Größbauer [Seite 1522], Leuthner [Seite 1523], Friedmann [Seite 1531], Dr. Wagner [Seite 1535], Forstner (Antrag auf Schluß der Debatte) [S. 1538], Stricker [Seite 1538] — Generalredner pro: Abgeordneter Abram [Seite 1541] — Zuweisung der Vorlage an den Ausschuß für Heerwesen [Seite 1543]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Ersatzmann im Ausschusse für Heerwesen seitens des Abgeordneten Schönsteiner (Seite 1543).

Ersatzwahl des Abgeordneten Dr. Gimpl als Ersatzmann im Ausschusse für Heerwesen an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Schönsteiner (Seite 1544).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. des Abgeordneten Buchinger und Genossen, betreffend die Einreichung von Tulln in die I. Ortsklasse der Aktivitätszulagen der Staatsangestellten (637 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Allina, Pich und Genossen, betreffend die Aufhebung der Gehaltsgrenze für die Familienversicherung im Krankenversicherungsgesetz (638 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Huber und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Gewährung eines Staatszuschusses für die Stadtgemeinde Hallein (Anhang I, 247/I);
2. der Abgeordneten Vogl, Weiser, Hafner und Genossen an den Staatssekretär für Justiz, betreffend die Bildung der Geschworenlisten für den Sprengel des Kreisgerichtes Wels (Anhang I, 248/I).

Zur Verteilung gelangt am 19. Jänner 1920:

der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft 636 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Seith, zweiter Präsident Hauser, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Schönsteiner, Dr. Angerer.

Staatskanzler: Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Ederer für Inneres und Unterricht, Dr. Ramek für Justiz, Dr. Deutsch für Heerwesen, Dr. Reisch für Finanzen, Blöchl für Land- und Forstwirtschaft, Hanusch für soziale Verwaltung, Dr. Mayr.

Unterstaatssekretäre: Miklas im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. Waiß im Staatsamte für Heerwesen, Dr. Kesch im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 16. Jänner ist unbeanstandet geblieben, gilt demnach als genehmigt.

Die Abgeordneten Fohringer, Gabriel, Gröger, Idl, Schlager, Schneidmädl, Zwanziger, Hollersbacher, Ebner und Regner haben ihr Fernbleiben mit wichtigen Abhaltungen, beziehungsweise Krankheit entschuldigt.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Der 1. Punkt ist der Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Unterkircher und Genossen (305 der Beilagen), betreffend die Herausgabe der Statistik der Wahlen zur Nationalversammlung und den Landtagen (554 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Wagner; ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Wagner: Hohes Haus! Das Referat über diese Sache kann sehr kurz sein. Der Verfassungsausschuss hat nämlich den Antrag Unterkircher einfach zu dem seinigen gemacht und legt Ihnen denselben vor. Es ist eine Auf-

forderung an die Regierung, die Statistik über die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Landtagen tabellarisch zusammenzustellen und herauszugeben, und zwar die Wahlergebnisse vom 16. Februar nach autonomen Städten, Gerichtsbezirken und Wahlkreisen, in einer zweiten Tabelle in gleicher Weise die Landtagswahlen und endlich in einer dritten Tabelle die Gegenüberstellung der Ergebnisse beider Wahlen. Diese statistischen Verzeichnisse liegen nämlich als Präsidialakte bei den Landesbehörden im Manuskript für den inneren Gebrauch und die Allgemeinheit hat darin keinen Einblick. Sie sind für die Behörden und für die Beamten unentbehrlich und sind auch für den Politiker, für die politischen Parteien unentbehrlich. Ein Beamter, der versetzt wird, muß wissen, wie es in seinem Bezirk beiläufig aussieht. Im Ausschuss ist zur Sprache gekommen, daß in Oberösterreich die Landesregierung Tabellen für Oberösterreich bereits herausgegeben hat, von den anderen Ländern ist noch nichts bekannt, wahrscheinlich ist auch nichts derartiges geschehen. Da aber die Herausgabe einer derartigen Statistik praktisch und vorteilhaft wäre, möge die statistische Zentralkommission dies für das ganze Staatsgebiet besorgen.

Präsident: Es ist niemand zum Worte gemeldet, ich kann daher zur Abstimmung schreiten und bitte die Mitglieder, die Plätze einzunehmen.

Die Resolution lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, die statistische Zentralkommission zu veranlassen, die Statistik über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 16. Februar 1919 und den hernach erfolgten Landtagswahlen in den Ländern mit tunlichster Beschleunigung herauszugeben, und zwar in einer ersten Tabelle die Wahlergebnisse vom 16. Februar nach autonomen Städten, Gerichtsbezirken und Wahlkreisen; in einer zweiten Tabelle in gleicher Weise die Landtagswahlen; endlich in einer dritten Tabelle gegenübergestellt die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung und zum betreffenden Landtag nach Gemeinden und Gerichtsbezirken.“

Ich bitte die Mitglieder, welche diesem Resolutionsantrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Ich habe früher mitgeteilt, daß der Abgeordnete Hollersbacher sein Fernbleiben leider entschuldigen mußte; er ist aber Berichterstatter über den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes. Ich bin daher genötigt, im Sinne des § 33 der Geschäftsordnung diesen Gegenstand der Tagesordnung zurückzustellen und den nächsten Gegenstand, das ist Punkt 3 der Tagesordnung: Erste Lesung der Vorlage der Staatsregierung (613 der Beilagen), betreffend das Wehrgesetz, vornehmen zu lassen. (Nach einer Pause:)

Eine Einwendung gegen diesen Vorgang wird nicht erhoben, es bleibt also dabei.

Ich werde selbstverständlich den Bericht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen. Zum Worte gemeldet haben sich kontra die Abgeordneten Dr. Schürff, Größbauer, Friedmann, Stricker; pro die Abgeordneten Dr. Mataja, Leuthner und Wagner.

Erster Kontrahredner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schürff; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Schürff: Hohes Haus! Der Friedensvertrag von St. Germain hat den österreichischen Staat in eine furchtbare Situation gebracht. Politisch stellt er sich als ein nicht lebensfähiger Krüppel dar, der an vier Seiten von fremden Nationalstaaten umgeben ist, die in schärfstem Interessengegensatz zueinander stehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen diesen Nachbarstaaten früher oder später schwere Kämpfe zum Ausbruch kommen und daß in diese auch unser Staat ungewollt hineingezogen wird. Der Völkerbund, der in Aussicht gestellt wurde, sieht zwar die allgemeine Abrüstung und schiedsrichterliche Austragung derartiger Streitigkeiten vor, nichtsdestoweniger steht die Durchführung dieser Völkerbundbestimmung in weiter Ferne und wir müssen damit rechnen, daß unser Österreich eines Tages früher oder später im Süden oder Norden zum Kampfplatz jener Nachbarn wird, die in ihrem eigenen Interesse in die Haare kommen.

Unsere wirtschaftliche Lage ist eine derartig traurige, daß wir behaupten müssen, daß sie die Erhaltung eines kostspieligen Heeres in der gegenwärtigen Zeit geradezu ausschließt. Der Herr Staatssekretär für das Heerwesen hat heute im Budgetausschuß von der Notwendigkeit größter Sparsamkeit gesprochen und ich pflichte ihm in dieser Frage vollständig bei; denn die Lage unseres Staates, der Länder und auch der Gemeinden ist eine derart überschuldete, daß wir in dieser Richtung bei der Ausgabe unserer Mittel

mit der größten Vorsicht vorgehen müssen. Die wirtschaftliche Lage präsentiert sich außerdem in einem völligen Stillstand unserer Produktion, in einer Lähmung unserer Steuerkraft und nur bei größtem Fleiß wird es uns möglich sein, den in Aussicht stehenden Staatsbankrott zu verhindern. Überall die größte Einschränkung, das ist das Gebot der Stunde und der Zukunft.

Dies gilt auch zweifellos für die Frage, die heute hier in Erwägung steht, für die Frage der Reform unseres Rüstungswesens. Von einem zweckentsprechenden Heere muß verlangt werden, daß Aufbau und Einrichtungen nach folgenden Gesichtspunkten festgelegt werden: Heranziehung sämtlicher Wehrfähigen zum Dienst, möglichste Verbilligung dieses Heeres, Beschränkung des Heeres auf ein Mindestmaß und trotzdem Bereitstellung eines für den Kriegsfall gerüsteten und zuverlässigen Heeres. Aus diesem Grunde treten wir programmatisch und in unserem militärpolitischen Endziel für die Miliz ein, für die Ausnutzung auch der letzten Kräfte für unser Volk und für unseren Staat. Ein wahrhaftes Volksheer, meine verehrten Damen und Herren, wird auf breitestester republikanisch-demokratischer Grundlage, aber nicht auf einseitiger Parteidoktrin aufgebaut werden müssen. Wir müssen daher von dem, was uns aus der früheren Zeit in militärischer Hinsicht geblieben ist, das behalten, was sich bewährt hat, zum Beispiel Zucht und Ordnung, Achtung des Vorgesetzten, Dienstreue und Zuverlässigkeit, Ehrliebe und Pflichtgefühl und alles das befürworten, was sich als schädlich erwiesen hat, insbesondere Begünstigungs- und Altkenwesen, ungefundener Rastengeist, Formalismus und Schematismus.

Wie ich schon sagte, ist das Endziel unserer Politik in der Wehrfrage die Schaffung einer Miliz. Der Friede von Saint Germain verhindert die Verwirklichung dieses Gedankens, der zweifellos nicht nur von uns, sondern auch von den anderen Parteien dieses Hauses verfolgt wird, und gebietet uns die Errichtung eines Söldnerheeres. Der Forderung der Erfüllung dieser Zwangsbedingung schwebt zweifellos die Absicht vor, unseren Staat dauernd wehrlos zu machen. Für uns entsteht nun die Frage: Wird dieses nun zu schaffende Söldnerheer seinem Zwecke entsprechen? Und die Antwort lautet für uns: Das wird nur halbwegs geschehen, und zwar nur dann, wenn strengste Disziplin und straffe Organisation dieses Söldnerheer auszeichnen werden. In militärischer Beziehung wird es zweifellos stets minderwertig sein und, ich glaube hier nicht an die Einsicht der Angehörigen der verschiedenen Parteien appellieren zu müssen, sie werden mir im Prinzip diesbezüglich Recht geben: es wird minderwertig sein in seiner Leistungsfähigkeit durch

seine begrenzte Zahl und daher auch begrenzt verwendungsfähig sein.

Finanziell stellt dieses Söldnerheer eine schwere Belastung für unseren Staat dar schon deswegen, weil der Staat insgesamt für ungefähr 26.000 Offiziere und Unteroffiziere zu sorgen hat, von denen er nur wenige in dem künftigen Heere unterzubringen in der Lage ist.

Als politische Forderung stellen wir an dieses Söldnerheer die Bedingung, daß es unpolitisch in jeder Hinsicht sei, daß es einer unparteiischen und unpolitischen Führung anvertraut werde, daß dieses Heer ein Staatsheer, niemals ein Parteitheer und am allerwenigsten ein Klassenheer sein dürfe.

Was nun die Regierungsvorlage anbelangt, die uns heute zur Beratung in erster Lesung vorliegt, so gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen. Diese Regierungsvorlage ist das Produkt von Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien. Es hat lange gebraucht, bis dieses Produkt zutage gekommen ist. Wie man hört, sollen noch in den letzten vierzehn Tagen diesbezüglich Verhandlungen hauptsächlich zwischen zwei Personen stattgefunden haben, zwischen dem ehemaligen Staatssekretär Bauer und Kollegen Seipel. Der Versuch, hier ganz diametrale Ansichten zu vereinigen, ist, glaube ich, politisch nicht gelungen, denn es ist nicht möglich, ein sicheres, ein politisch verlässliches und unbeeinflußtes Ordnungs- und Verteidigungsinstrument auf diesem Wege zu schaffen. Betrachten wir nur einmal die Vorlage, die uns heute hier beschäftigt, so finden wir schon im § 2, der den Zweck dieses Heeres bespricht, als Punkt 1 die Bestimmung, daß dieses Heer zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik zu dienen hat. Im Koalitionsprogramm vom Oktober dieses Jahres heißt es ausdrücklich: „Zum Schutz der demokratischen Republik.“ Wir vermissen in diesem Paragraphen die Einschaltung des Wortes „demokratisch“ und bedauern insbesondere, daß die wichtigste Aufgabe eines Heeres, die Verteidigung des Vaterlandes gegen Angriffe von außen erst an dritter Stelle genannt wird, während die Betonung seiner politischen Aufgabe, das heißt der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen, hier in den Vordergrund, in die erste Linie gestellt wurde.

Diese Vorlage behandelt ferner im § 7 die Heeresverwaltungsstellen. Es sind als politische Kommissionen dreigliedrige Kommissionen bei den Heeresverwaltungsstellen der Länder vorgesehen. Es ist dies ein Zugeständnis an die föderalistischen Bestrebungen der Länder und es steht diese Bestimmung eigentlich als eine sogenannte neue Bestimmung unter den wehrrechtlichen Bestimmungen. Wir hatten zwar bisher in Österreich sogenannte Wehr- und Sicherungsausschüsse. Wir hatten weiters als ein politisches Kontrollorgan der Parteien im Staats-

amt für Heerwesen das sogenannte Zivilkommissariat. Es ist auffallend, daß dieses Zivilkommissariat, dieses Instrument zur Durchforschung und Prüfung gewisser Vorfälle und Aufgaben der Heeresverwaltung in diesem Gesetz nicht genannt wird; ich glaube, daß dies mehr auf ein Übersehen als auf Absicht zurückzuführen ist. Jede Partei hat Anspruch darauf, eine derartige politische Kontrollstelle im Staatsamt für Heerwesen zu besitzen, denn so wie heute wir in der Opposition stehen, kann es eines Tages einer anderen Partei passieren und sie wird dann jedenfalls von dem Vorteil einer derartigen Kontrollstelle Gebrauch machen. Ich glaube, es ist eine Notwendigkeit, daß eine derartige interparteiliche politische Kommission festgesetzt und gesetzlich verankert werde, und ich glaube den Herrn Staatssekretär insbesondere darauf aufmerksam machen zu müssen, daß hier wohl nur ein Versehen vorliegen kann, weil zweifellos nicht nur die Angehörigen seiner Partei, wie Herr Schulz und Kollege Smitska, sondern auch die Vertreter der christlichsozialen Partei, die Zivilkommissäre Leeb und Kirchlehner, bisher derartige politische Vertrauensstellungen eingenommen haben.

Weiters enthält der § 27 die Bestimmungen über die Vorbereitung für das bürgerliche Leben, das heißt Erziehung zu allgemein staatsbürgерlichen und republikanischen Ansichten. Diesbezüglich handelt es sich darum, daß das Staatsamt für Heerwesen für diese Erziehung sich künftig der sogenannten Bildungämter bedienen will. Man will damit angeblich eine kulturpolitische Aufgabe erfüllen. Es ist interessant, daß der Aufbau dieser Bildungsräte und Bildungämter im Gesetz selbst nicht genau gekennzeichnet ist. Es geht aber indirekt aus dem Gesetz hervor, daß sie hierarchisch aufgebaut sein werden, daß sie sich in Orts-, Kreis- und Landesbildungsräte und Reichsbildungsrat gliedern und nichts anderes darstellen werden als eine ähnliche Organisation, wie sie bisher die sogenannten Soldatenräte dargestellt haben. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger als eine Perpetuierung des jetzigen Zustandes, der Doppelleitung, die Etablierung einer Nebenregierung. Denn es ist klar, daß diese Bildungsräte sich in politischer Hinsicht vollständig auszuleben trachten werden und es ist interessant festzustellen, daß hier eine Bildungsinstitution unbekümmert um die sonst dem Staatsamt für Erziehung und Unterricht zustehenden Kompetenzen geschaffen werden soll.

Im § 30 enthält die Vorlage eine gesetzliche Fixierung der Soldatenräte oder der sogenannten Vertrauensmänner. Sie sollen die Interessen der Wehrmänner wahrnehmen. Es ist interessant, daß man seinerzeit im Koalitionsprogramm festgestellt hat, daß diese Soldatenräte ausschließlich wirtschaftliche Arbeit zu leisten berufen seien. Jetzt wird

ihnen, auch wieder in indirekter Weise, eine politische Funktion zugeschoben. Eine Bestätigung finden wir in dem Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ über die letzte Rede des Herrn Staatssekretärs in diesem Hause. Da schreibt sie, daß die Soldatenräte im Wesen unverändert bleiben werden.

Die Kompetenzabgrenzung der Soldatenräte im § 30 erscheint mir vollständig unklar, insbesondere ist aber die Mitwirkung bei Ausbildung in politischer Hinsicht hervorgehoben. Wenn wir die sogenannte kulturpolitische Tätigkeit der Bildungsämter einerseits und die Mitwirkung der Soldatenräte bei der politischen Erziehung anderseits betrachten, so werden Sie mir zugeben, daß gerade durch diese zwei wichtigen Bestimmungen eigentlich das erhalten werden soll, was wir bisher an der Tätigkeit der Soldatenräte verhindert wissen wollen, die politische Tätigkeit, ihre Einwirken auf alle politischen Fragen, die Politisierung der Wehrmännerchaft und insbesondere auch die stetige Beunruhigung der künftigen Wehrmacht durch rein politische Tagesfragen und Agitationen.

Diese innigen Beziehungen zwischen diesen beiden Bestimmungen stehen in schärfstem Widerspruch zu dem, was ich früher schon gesagt habe und was das Koalitionsprogramm bestimmt, wo es heißt: Vertrauensmänner der Mannschaft, sogenannte Soldatenräte, haben die wirtschaftlichen und vertraglichen Rechte der Mannschaft zu vertreten. Hier steht im Gegensatz zu dieser Bestimmung des Koalitionsprogrammes, daß sie ausdrücklich an der Ausbildung der Wehrmänner nach § 24, das heißt an republikanisch-demokratischen, also politischen Fragen mitzuwirken haben, und ich kann dem Herrn Staatssekretär Deutsch in dieser Frage nur gratulieren, weil es ihm hier gelungen ist, sich über diese Bestimmung des Koalitionsprogramms hinwegzusehen und im Sinne einer Erklärung, die er am 16. Oktober v. J. in einer Volksversammlung der Soldatenräte abgegeben hat und die lautet, „die Aufgabe der neuen Soldatenräte werde in erster Linie sein, den republikanischen, also politischen Geist zu pflegen, in zweiter Linie die Interessen der Mannschaft zu vertreten“, den Sieg über seine Koalitionsgenossen davonzutragen.

Meine Damen und Herren! Aus allem sehe ich, daß es keinen Zweifel gibt, daß die Armee Österreichs nach wie vor, mag sie jetzt ein Söldnerheer, mag sie eine Volkswehr sein, sich politisch betätigen wird, daß in ihren Reihen die schärfste politische Propaganda und auch politische Kämpfe herrschen werden und daß dieses Söldnerheer nicht das sein wird, was wir mit Recht von ihm verlangen können, ein Instrument der Ordnung und Sicherheit, ein Instrument der gleichmäßigen Vertretung aller Interessen und insbesondere eine Schutzwehr des Staates. Wir befürchten sehr, daß der

jetzige Zustand aufrechterhalten wird und daß jene politischen Faktoren recht behalten werden, die in diesem Heer auch für künftige politische Kämpfe ein entsprechendes Werkzeug und Hilfsorgan zu besitzen wünschen.

Die Grundfrage, die uns aber heute hier beschäftigt, ist die: Brauchen wir ein Söldnerheer, das zweifellos seinen militärischen Zwecken nicht gewachsen ist und das uns finanziell ungeheuren belastet? Darauf müssen wir ruhig antworten: Nein! und die ganze Öffentlichkeit, die von den bisherigen Vorkommnissen auf dem Gebiete unserer jungen Wehrmacht nicht befriedigt ist, teilt diese Meinung. (Zustimmung.) Die Koalition dagegen sagt im Gegensatz zu dieser Antwort: Ja! Die Koalition will das Söldnerheer schaffen, sie wird es wahrscheinlich auch schaffen und für uns, die wir der Opposition angehören, gibt es daher nur die Frage: Wie soll dieses künftige Söldnerheer aufgebaut werden? Soll die jetzige Volkswehr der Grundstock des künftigen Söldnerheeres sein oder nicht? Auch darauf antworten wir wieder mit einem glatten Nein! Die Volkswehr war bisher ein schlechter militärischer Ersatz für das, was ein Staat für seinen Schutz nach außen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern braucht. Für den Staat ist die Volkswehr zu teuer gewesen und durch die Vorkommnisse in ihren eigenen Reihen zweifellos kein besonders gutes Vorbild. Für die Partei, der sie zur Verfügung gestanden ist, war sie zweifellos ein entsprechendes, brauchbares politisches Instrument. Wir verlangen daher, daß dieses Söldnerheer, wenn es schon von der Koalitionsmehrheit beschlossen wird, nicht einmal geschaffen werde, sondern etappenweise, und wir verlangen weiters, daß der längst in Aussicht gestellte Abbau der Volkswehr auch wirklich zur Durchführung komme. Insbesondere ist notwendig, die Berufssoldaten ohne Unterschied ob Offiziere oder Unteroffiziere in weitestem Maße in das künftige Söldnerheer überzuführen, weil es ein Widersinn ist, daß der Staat trotz seiner ungeheuren finanziellen Lasten eine Doppelversorgung von Staatsbürgern leisten muß, auf der einen Seite die Pensionierung der Berufssoldaten und auf der anderen Seite eine Menge von Elementen, deren militärische Verlässlichkeit größtenteils nicht zu erweisen ist, in die neue Armee aufnimmt. Wir verlangen weiters, daß die Aufnahme an die Bedingung geknüpft ist, daß nur tadellose Personen von zweifellos einwandfreier Qualität übernommen werden, und fordern nicht zuletzt das, was ich schon eingangs gesagt habe, daß dieses Söldnerheer ein Werkzeug für den Staat und für jede Regierung sein muß, nicht aber, daß es vielleicht eines Tages dann, wenn eine jetzige Regierungspartei in der Opposition sein sollte, als Hilfs-

mittel dieser künftigen Oppositionspartei und zur Drohung gegen eine künftige Regierung verwendet werden könne.

Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich nunens meiner Partei zu erklären, daß wir der Wehrmacht, die uns hier vorgeschlagen wird, die militärisch nicht den gestellten Anforderungen genügen kann, die finanziell den Staat übermäßig belastet, die wegen der zu schaffenden politischen Einrichtungen, wie Soldaten und Bildungsräte, kein unpolitisch und unparteiisches Instrument der Ordnung und Sicherheit sein kann, daß wir dieser Wehrmacht nicht zustimmen, uns aber vorbehalten, in der Spezialdebatte Abänderungsanträge zu stellen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Mataja. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Mataja: Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär für Heerwesen hat in den Worten, in denen er die Einbringung der Wehrvorlage eingeleitet hat, abgesehen von einigen Apologien, die wir seinem Vaterstolz zugute halten wollen, insbesondere davon gesprochen, daß die neue Wehrmacht eine unpolitische sein muß, und er hat hervorgehoben, daß das ein gemeinsamer Wunsch, insbesondere aber ein Wunsch der Partei ist, welche ihn in dieses Koalitionskabinett entsendet hat. Nun, meine hochverehrten Frauen und Herren, dies erscheint mir und erscheint uns eigentlich als das Um und Auf und als der wesentlichste Punkt in der ganzen Betrachtung dieser Wehrvorlage: daß sie die geeignete Grundlage für ein unpolitisches Instrument abgebe und nicht schon in ihrer Konstruktion solche Fehler aufweise, daß es unmöglich ist, auf diese Weise zu einer unpolitischen Wehrmacht wirklich zu gelangen. Es ist selbstverständlich, daß es auf den Wortlaut und auf die Textierung keineswegs allein ankommt, sondern daß der Handhabung weitauß der wichtigste Teil in der ganzen Frage zufällt. Von der bisherigen Handhabung, von der Handhabung jetzt und von der zukünftigen Handhabung während der Beratungen wird die Stellungnahme der Partei, der ich anzugehören die Ehre habe, in wesentlicher Weise beeinflußt werden.

Es ist bereits von dem ersten Herrn Kontrahenten von den Soldatenräten gesprochen worden. Ich erkläre, daß ich mich an dem Worte Soldatenräte nicht stoße. Nicht das Wort, sondern der Begriff ist es, um den es sich handelt. Vertrauensmänner, die Sie eventuell Soldatenräte nennen werden, sind mir natürlich weitauß vertrauenswürdiger als Soldatenräte auch dann, wenn sie als Vertrauensmänner bezeichnet würden. Es hängt das

im wesentlichen ab von dem Wirkungskreise und von der Art des Aufbaues dieser Körperschaft. Ich bin mir aber ganz klar darüber, was die Anwendung des Wortes Soldatenrat bezweckt. Aus wesentlich anderen Verhältnissen, in der Zeit des Umsturzes hierher übernommen, soll dieses Wort den aufreizenden Charakter beibehalten und soll etwas anderes darstellen, als eben der normale Vertrauensmann. Es soll einerseits bei den Soldaten selbst dieser Eindruck erweckt werden, um den ausgesprochenen politischen Charakter des Soldatenrates aufrecht zu erhalten, und Sie müssen natürlich, wenn Sie auf diesen Ausdruck zurückgreifen, eventuell in Kauf nehmen, daß bei allen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Elementen gegenüber dem Wort Soldatenrat ein begreifliches Misstrauen herrscht, nach innen, wie nach außen. Daz das so ist, darf Sie wohl nicht wundernehmen. Daz wir, ohne an der persönlichen Glaubwürdigkeit der einzelnen zweifeln zu wollen, den Versicherungen des unpolitischen Charakters der Wehrmacht nur eine eingeschränkte Tragweite zu messen können, darf Sie nach der Vorgeschichte unserer Wehrmacht nicht wundernehmen.

Ich erinnere Sie daran, daß im Frühjahr 1919 jeder Volkswehrmann ein Blankett unterschreiben mußte (*liest*):

„Indem ich mich als deutschösterreichischer Staatsbürger für die soziale Republik als Ziel und Zweck des Klassenkampfes bekenne und freiwillig in die proletarische Armee eentrete.“

Ich schließe daran Dinge, die allen, die sich mit der Materie befaßt haben, vollständig bekannt, deren Vorbringung hier aber zur Klärung zur Sachlage beitragen möge, nämlich einen Bericht über die Vollversammlung des Soldatenrates der Wiener Volkswehr am 27. Juni 1919 im Favoritner Arbeiterheim. Diesen Bericht entnehme ich der „Arbeiter-Zeitung“. In dieser Versammlung wurde, und zwar über Antrag des Berichterstatters Dr. Frey, eine Resolution angenommen, in der es heißt (*liest*):

„Die Vollversammlung der Soldatenräte der Wiener Volkswehr erklärt:

Der Wiener Kreisarbeiterrat ist die Vertretung des gesamten Wiener Proletariats. Alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sind darin vertreten. In jedem Bezirks- und im Kreisarbeiterrat hat die Wiener Volkswehr den ihr gebührenden Einfluß.

Getreu dem Grundsatz: Keine Soldatenpolitik, keine Volkswehrpolitik, sondern proletarische Politik unterstellen sich daher die Wiener Volkswehrmänner und deren Soldatenräte in politischer Richtung den Beschlüssen des Wiener Kreisarbeiterrates.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ich nehme an, daß die Stellung der Arbeiterräte und des Kreisarbeiterrates als einer proletarischen, auf dem Boden des Klassenkampfes fußenden Organisation allgemein bekannt ist und kaum von irgendeiner Seite bestritten werden dürfte. Von den vielen Dokumenten, die diesbezüglich existieren, verweise ich mir auf die Debatte auf dem sozialdemokratischen Parteitag, auf die Ausführungen Dr. Max Adlers oder anderer gemäßiger Redner. Ich greife zufällig eine Propagandaschrift für die Angestellten des Staatsamtes für Verkehrsweisen heraus, in dem ebenfalls der entscheidende Endpassus enthalten ist (*liest*):

„Wählbar sind nur diejenigen, welche auf der Basis des Klassenkampfes stehen, mindestens ein halbes Jahr einer sozialistischen Partei und ihrer Berufsorganisation angehören.“

Aus dem geht wohl zur Evidenz hervor, daß die bisher bestehenden Arbeiterräte tatsächlich einen maßgebenden Einfluß auf die heutige Wehrmacht ausüben, daß die derzeitig bestehenden Arbeiterräte ein rein politisches Instrument, ein Instrument des Klassenkampfes sind, ein Instrument, bei dem von einem Mangel politischer Stellung absolut nicht gesprochen werden kann.

Der Herr Staatssekretär für Heerwesen hat in seiner Besprechung des Kapitels Soldatenräte einen Artikel des „Temps“ zitiert, den ich nicht gelesen habe. Er hat zur Kenntnis gebracht, daß der französische Berichterstatter über die Soldatenräte sich durchaus nicht in abfälliger Weise geäußert hat. Natürlich, über die Soldatenräte bei der deutschen Armee, und es ist ja durchaus einleuchtend, daß der französische Berichterstatter bei der deutschen Armee gerne Soldatenräte sieht. Für die französische Armee die Generale und für die deutsche Armee die Soldatenräte. Das darf Sie nicht wundern und Sie dürfen das nicht als eine Anerkennung des faktischen und militärischen Wertes der Soldatenräte auffassen.

Was nun die Kompetenz der Soldatenräte anlangt, so hat der geehrte Vorredner auf die Bestimmung des Koalitionsvertrages hingewiesen und ich darf wohl diesbezüglich als einen einzelnen Punkt betreffend, dessen Behandlung der späteren Beratung vorbehalten ist, nur darauf weisen, daß die gegenwärtige Fassung des Wehrgesetzes im Punkte Soldatenrat über den Koalitionspunkt weit hinausgeht. Ich glaube, es ist auch in diesem Punkte ein gemeinsames Interesse, die Soldatenräte oder Vertrauensmännerkollegen so zu konstruieren, daß man — nicht vom parteipolitischen Interesse, sondern rein vom Standpunkte des Staatsinteresses gesprochen — zu ordentlicher Arbeit kommen kann, welche sich dem doch von der heutigen wird unterscheiden müssen.

Ebenso ist es bei der Disziplinarbestimmung des § 43. Sie können es doch unmöglich für durchführbar halten, daß der Disziplinarhof, der, wenn ich den Entwurf richtig verstanden habe, in gleicher Weise über Mannschaft, Unteroffiziere und Offiziere urteilt, in der Majorität aus Mannschaft und Unteroffizieren zusammengesetzt ist. Ich kann mir eine wirkliche Ausübung einer unbefangenen Kommandogewalt unter solchen Verhältnissen keineswegs vorstellen.

Es ist heute auch schon vom Bildungsamt gesprochen worden, welches sich mit den Agenden des § 24 zu beschäftigen hat.

Ich blicke dieser ganzen Konstruktion, die so ungeheuer fremdländisch und sonnig ist, mit außerordentlichem Skeptizismus entgegen. Ich glaube nicht daran, daß Sie zwei solche Institute miteinander verknüpfen können. Ich glaube nicht daran, daß Sie eine leistungsfähige Sicherheitstruppe — und allein um die handelt es sich hier und nicht um eine eigentliche Wehrmacht im technischen Sinne —, daß Sie eine Sicherheitstruppe und eine solche einerseits staatsbürglerliche, anderseits berufsgewerbliche Schule wirklich miteinander werden verbinden können. Eines wird dem anderen so sehr im Wege stehen, daß eines am anderen scheitern wird. Aber verzeihen Sie mir, wenn ich sage, daß es einer solchen gewiß sehr sonnig aussehenden Utopie gegenüber, wenn sie nicht unrettbar und untilgbaren Schaden nach sich zieht, am zweckmäßigsten ist, sie gewähren und an den harten Tatsachen scheitern zu lassen, damit Sie dann nicht später sagen können, übler Wille oder das verknöcherte Herz der Bourgeoisie oder unserer Partei, die sich mit der Bourgeoisie keineswegs identifiziert, habe sie zu Fall gebracht.

Es hängt ganz außerordentlich viel davon ab, wie diese Bildungsarbeit und von wem sie geleistet werden soll. Sie haben an die Spitze des Bildungsamtes den Herrn Dr. Josef Luitpold Stern berufen. Und dieser Herr Dr. Josef Luitpold Stern hat seine Ansichten über die Zwecke der Bildung wiederholt Ausdruck gegeben, insbesondere in einer Vollversammlung der Bildungsräte der Wiener Volkswehr vom 1. Dezember 1919, bei der etwa 70 Bildungsräte anwesend waren. Ein Teil dieser Rede ist deshalb besonders interessant, weil sie sich eingangs mit einem Teil der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs für Heerwesen dem Inhalte zum mindestens nach vollständig deckt. Hier hat Herr Dr. Stern eine vollkommen richtige Sentenz ausgesprochen. Er hat gesagt: „Jede Bildung nimmt die Richtung, in deren Hand die Bildungsbewegung liegt.“ Und das ist vollständig richtig. Wollen Sie aber dann den Eindruck erwecken, daß diese Bildung eine unbefangene und objektive ist, dann dürfen Sie wohl in diese Hand keineswegs irgendeine Bildung der neuen Wehrmacht hincinlegen. Er hat

dann unter anderem — ich habe nur einige Zitate herausgezogen — gesagt (*liest*):

„Wir können der Bewegung in Österreich“ — nämlich der klassenkämpferischen — „einen ungeheuren Rück nach vorwärts geben als Klassenkampfmittel im Sinne des Sozialismus und im Sinne des Proletariats. Wir müssen unbedingt alle religiösen und philantropischen Instinkte aus unserer Bildungsarbeit ausschalten. Die Angehörigen der neuen Wehrmacht werden selbst eine Gewerkschaft bilden. Es wird ein jeder“ — und das ist die Parallele mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs — „nach seiner militärischen Dienstzeit nicht ein Zertifikat erhalten, um dann als konservativer Amtsdiener eine Stelle zu finden, sondern es wird ein jeder ein Gesellenzeugnis erhalten, und es wird auch Aufgabe der Gewerkschaft als solche sein, die Leute in das richtige Fahrwasser“ — Sie werden mir zugeben, daß das sozialistische Fahrwasser damit gemeint ist — „rechtzeitig zu bringen. Die Leute werden bei ihrem Austritte bereits tüchtige Betriebsräte sein und dadurch der Hebel der ganzen sozialistischen Bewegung.“

Ich glaube auf keinen Widerspruch zu stoßen, wenn ich dieses Programm mit einer unpolitischen Wehrmacht als gänzlich unvereinbar bezeichne. (*Sehr richtig!*) Welch Geistes aber die Herren wie dieser Herr Dr. Luitpold Stern und andere sind, die Sie an ausschlaggebende Stelle berufen haben, dafür erlaube ich mir Ihnen ein Dokument vorzulegen, das Sie kaum ablehnen werden können. Das ist die Nummer der Zeitung „Der freie Soldat“ vom 27. Dezember 1919, die der Herr Abgeordnete Skaret herausgibt, und eine Beilage „Licht über Land“, herausgegeben und verantwortet von Dr. Julius Braunthal, das ist des Herrn Staatssekretärs Adjutant, und Herrn Dr. Josef Luitpold Stern, das ist der bereits genannte Chef des Bildungswesens. Auf Seite 4 ist hier eine Karikatur enthalten, die an und für sich über das Ausmaß des politisch Erlaubten keineswegs hinausgeht. Es ist eine Bespottung der Geistlichkeit, beziehungsweise der Beeinflussung der Erziehung durch die Geistlichkeit: ein Geistlicher, der in den Kopf eines Kindes mit einer Pumpe Ansichten hineinpumpt. Ich bitte, das ist nicht ganz unpolitisch, nicht ganz unparteiisch; das gebe ich zu. Aber nicht dagegen richtet sich mein Grabamen, sondern dagegen, daß zu dieser Karikatur nicht nur das Kreuz, sondern die Figur des gekreuzigten Heilands verwendet worden ist. (*Lebhafte Pfui-Rufe.*)

Meine verehrten Frauen und Herren! Vor einer solchen Sache muß auch der Respekt haben, der nicht daran glaubt. Dass wir diesen gekreuzigten Heiland, der Milliarden von Menschen der einzige Trost in der schwersten Lage gewesen ist, von diesen beiden Herrschaften so verunglimpt sehen müssen!

Versuchen Sie es nicht, uns diese oder derartige Leute für die Bildung unserer zukünftigen Wehrmacht, unserer Bauern- und Arbeitersöhne aufzudrängen zu wollen. (*Lebhafte Beifall.*)

Ich darf Sie wohl noch auf eines aufmerksam machen. Es wäre für unsere Überzeugung von dem unpolitischen Charakter der Wehrmacht sehr vorteilhaft und wir würden das außerordentlich unterstützen, wenn Sie die Demokratie auf Kündigung aufgeben würden. Entweder ist man Demokrat oder nicht. Das ist ein Begriff, der kaum mit einem anderen zu kombinieren sein dürfte. Wenn man sich aber auf diesen Standpunkt stellt, wenn zum Beispiel — es ist eine Kleinigkeit, es sind Äußerungen von viel größerer Tragweite gefallen —, aber wenn zum Beispiel bei der Rede des Staatssekretärs der Abgeordnete Bretschneider uns zuruft: Die Volkswehr bleibt, ob es euch paßt oder nicht! so ist das nicht demokratisch; denn Sie sind sich nicht im Zweifel darüber, daß die Mehrheit dieses Hauses mit dem Bleiben der Volkswehr nicht einverstanden ist. Stehen Sie also auf dem Standpunkt, Sie werden unbekümmert um den Willen der Mehrheit dieses Hauses diese Institution aufrechterhalten, dann brauchen wir uns über die Behauptung des unpolitischen Charakters der Volkswehr nicht mehr zu unterhalten. Stehen Sie nicht auf diesem Standpunkt, dann würde es sich empfehlen, solche Äußerungen zu unterlassen. Ober wenn, wie mir gemeldet wurde, in einer Versammlung in Wels, wo sich Anhänger von Ihnen als Besucher in einer Versammlung eingefunden haben, übrigens im Gegensatz zu den Versammlungsbefürworten, die hier in Wien stattfanden, ein relativ ruhiger Versammlungsbefund, aber wo ebenfalls der Sprecher dieser Gruppe erklärte: früher haben wir die Bajonette gegen uns gehabt, heute haben wir sie für uns und Ihr braucht euch nicht einbilden, daß wir die Bajonette jemals wieder hergeben werden. Wenn das Ihr Standpunkt ist, dann erklären Sie ihn. Ist er nicht Ihr Standpunkt, dann instruieren Sie Ihre Parteigenossen, daß Sie nicht mit diesem sehr gefährlichen Gedanken spielen und erwecken Sie nicht bei uns den Eindruck, daß Sie uns erklären, die Wehrmacht wird unpolitisch sein, Ihre Leute aber in der Meinung lassen, daß Sie uns das nur sagen, um die Zustimmung zu der von Ihnen gewünschten Form des Wehrgesetzes zu erzielen. Denn wenn Sie über diesen Punkt Klarheit schaffen und wenn wir uns über diesen Punkt verständigen, werden wir uns über den gesamten Inhalt der Wehrvorlage verständigen können, weil es dann auf die einzelnen Paragraphen und Punkte in dem Ausmaße nicht mehr ankommen kann und es ist zweifellos richtig, daß wir einen auf eine große Majorität sich stützenden Beschuß über die Wehrvorlage dringend benötigen.

Von dem unpolitischen Charakter ist ein Punkt vollständig ausgenommen und darin gebe ich dem Herrn Staatssekretär für Heerwesen vollständig recht und will auch meinerseits hierüber gar keinen Zweifel lassen. Selbstverständlich ist die Frage der Staatsform aus dem Kreise der Politik vollständig ausgeschaltet. Sie, meine verehrten Herrschaften, verstehen zwar nicht, daß in der Monarchie die Wehrmacht monarchisch sein müßte, wir aber und ich verstehen es sehr gut, daß in einer Republik die Wehrmacht republikanisch sein muß. In dieser Frage wäre eine Zweideutigkeit gar nicht möglich, weil das für den Bestand und die Ruhe des Staatswesens viel zu gefährlich wäre. In diesem Punkte werden wir ebenfalls einer Meinungsverschiedenheit nicht begegnen.

Ich darf nun in diesem Zusammenhange noch ganz kurz auf die jüngst erlassenen Vollzugsanweisungen zu sprechen kommen. Ich möchte hier hervorheben, daß diese Vollzugsanweisungen in dem Texte, wie sie jetzt vorliegen, trotz gewisser Vorbehalte und Klauseln doch sehr stark den Eindruck eines Definitivums erwecken. Wer das unbefangen liest, muß namentlich mit Rücksicht auf den Präklausivtermin des 29. Februar zur Ansicht kommen: das sei nun wirklich die Werbung. Davor kann natürlich keine Rede sein. Da genügt nicht der trockene textliche Hinweis darauf, daß das Wehrgesetz noch gar nicht beschlossen ist. Ich bin der Meinung, daß hier eine andere Stilisierung gefunden werden müßte und daß Sie sehr böse Mißverständnisse erregen werden, daß sehr viele Leute sich melden werden, einfach weil sie die Verhältnisse nicht kennen, und ich darf daran erinnern, daß Sie da schreiben, daß voraussichtlich die Gendarmeriegebühren zur Anwendung kommen werden, während aber bezüglich dieses Punktes von gar keiner der beteiligten Instanzen ein Wort gesprochen worden ist und es mehr als fraglich ist, welche Gebühren zur Anwendung kommen werden. Sie haben aber außerdem die Absertigungssummen für die Volkswehr noch nicht drinnen, der Volkswehrmann hat noch nicht die Balance, die Wage, ob er sich für die neuen Aufnahmsbestimmungen entscheiden soll oder für die Absertigung, die ihm jetzt schon den Rückweg in das bürgerliche Leben ermöglichen soll. Gerade in diesem Punkte rechne ich auf das Wohlwollen des Herrn Staatssekretärs für Heerwesen, welches er so ausdrücklich der Volkswehr befunden hat, daß diese Absertigungen auch eine entsprechende Höhe haben werden, um die nötige Verlockung und Parallele herzustellen.

Schließlich ist in der Wehrvorlage noch ein Punkt enthalten, über den ich mir absolut noch kein Bild machen kann, trotzdem Sie bereits so apodiktisch das hinausgeben, nämlich die Abkürzung der sechsjährigen und zwölfjährigen Dienstzeit durch

Einrechnung der früheren Militärjahre. Ich sehe da Ihrer Interpretationskunst entgegen, wie Sie das aus dem Friedensvertrage werden herauslesen wollen; ich fürchte aber, daß Sie auch da Hoffnungen erwecken, die Sie in späterer Zeit nicht einzuhalten imstande sein werden.

Ich glaube im Rahmen der ersten Lesung dieses Gesetzes von unserem Standpunkt aus genügend gesagt zu haben und erkläre Ihnen, daß wir, wenn wir den Eindruck gewinnen, daß eine unpolitische Wehrmacht auf selbstverständlich republikanischer Grundlage hier errichtet werden soll, mit Ihnen zusammenarbeiten können, daß wir aber, wenn Sie diese Überzeugung in uns nicht wachrufen können, wenn Sie nicht eine derartige Gestalt einführen, die wohl von der heutigen verschieden sein müßte, selbstverständlich nicht einsehen würden und es uns nicht möglich wäre, das zu rechtfertigen, daß wir große Beträge, noch dazu für ein Instrument bewilligen sollen, welches den Zweck, welcher ihm vorschwebt, unter keinen Umständen erfüllen kann. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer (der während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Größbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Größbauer: Hohes Haus! Durch den Friedensvertrag von St. Germain wird uns eine Armee aufgezwungen, welche eine der schlechtesten Armeen sein wird, denn wir wissen von jeher, daß ein Söldnerheer — das sagt schon der Name — nichts wert sein kann, da es um Sold dient und nicht um des Vaterlandes willen. Daß in eine solche Armee in erster Linie arbeitsscheue Personen oder verkrachte Existenz hineinkommen, das steht fest. Auch wenn die Kommissionen ein scharfes Augenmerk darauf haben werden, wird es ihnen im ganzen doch nicht gelingen, jene Elemente auszuschließen, die natürlich nicht hineingehören. Uns selbst wäre es am liebsten gewesen, wenn wir keine solche Armee bekommen hätten, denn wir versprechen uns gar nichts davon. Wir haben gesehen, daß die Volkswehr als solche auch nichts wert war, wir haben gesehen, welchen Unzug sie getrieben, welche Disziplinlosigkeit unter dieser Truppe geherrscht hat. Auch die künftige Truppe wird, wenn sie nach demselben Prinzip aufgestellt wird, nicht besser sein. Wir glauben daher, daß die Steuerträger auch ein Wort mitzusprechen haben, weil sie ja diese Truppe bezahlen müssen, denn das erste wird doch sein, daß die Söldner möglichst viel verlangen und daß sie keine guten Söldner sein werden, wenn sie nicht gut bezahlt sein werden.

Im § 25 der Vorlage lesen wir von der politischen Betätigung. Ja, meine Herren, eine poli-

rische Truppe, eine Truppe, die das Wahlrecht besitzt, kann nichts wert sein, denn erstens geht es nicht an, daß jemand, wenn er freiwillig in eine Truppe eintritt, dann auch noch die politischen Rechte beansprucht. Es wird ja niemand zum Eintritt gezwungen, und wenn einem der Verlust des aktiven und passiven Wahlrechtes nicht paßt, so soll er eben draußen bleiben und sich nicht zur Truppe melden, dann kann er seine politischen bürgerlichen Rechte ausüben; wenn er sich aber doch einreihen läßt, dann soll er auf die Ausübung dieser Rechte verzichten.

Der § 26 spricht vom Wahlrecht. Ja, meine Herren, wie soll denn das ausschauen, wenn alle diese Leute da oder dort auch das Wahlrecht besitzen und noch dazu die Leute aufstacheln. Wir haben in Kärnten, wie die Wahlen waren, gesehen, was die Volkswehr damals getrieben hat, wie sie das Volk aufgestachelt hat; wir haben aber in Kärnten auch gesehen, wie viel die Volkswehr wert war. Damals, wie die Jugoslawen in Kärnten eingebrochen sind, hat uns das Staatsamt für Heerwesen von Wien zwei Bataillone geschickt. Was haben aber die gemacht, meine Herren? Diese Wiener Bataillone haben schon unterwegs die Witterberaubt, haben ihnen die Getränke ausgetrunken und nicht bezahlt, und wie sie an Ort und Stelle gekommen sind, war ihre erste Frage: Ja, wo ist denn unser schönes Quartier? Als man ihnen sagte, daß sie auf eine Nacht bivakiert werden und dann auf jenen Berg gehen sollen, um das Land zu verteidigen, haben sie gesagt: Ja, zum Schießen und Kriegsführen sind wir nicht hergekommen, wir wollen einmal gut leben und trinken, dazu sind wir da. Wir haben selbstverständlich diese Leute wieder eingeladen und nach Wien zurückgeschickt. Ja, meine Herren, wenn die neue Truppe wieder so ausschauen soll, dann ist es wohl viel besser, wir haben keine Truppe. Wir haben dann später verlangt, daß man uns zur Entwaffnung der Volkswehr eine Hilfe schicken soll. Ich bin selbst beim Staatsamte für Heerwesen gewesen und da hat man gesagt: Ja, wie soll man denn das machen, das müßt ihr selbst machen!

Wir haben es auch gemacht, meine Herren, weil es eine Notwendigkeit war.

Der § 27 spricht von der Verehelichung. Es heißt aber darin, daß von dem Verbote abgewichen werden kann, damit auch Wehrmänner, die verheiratet sind, aufgenommen werden können. Zu gegeben; aber wenn man dem einen das Recht nimmt und dem andern das Recht gibt, so ist das wieder eine große Ungleichheit.

Ich komme zum § 30, das sind die Soldatenräte. Es ist heute schon viel von den Soldatenräten gesprochen worden. Auf der einen Seite sagt man „Soldatenräte“, auf der anderen sagt man

„Vertrauensmänner“. Ich glaube aber, daß unter dem Vertrauensmann ja der Unteroffizier als solcher zu verstehen wäre. Denn wenn man nicht jene Macht hat, daß man unter den Unteroffizieren eine solche Auswahl treffen kann, daß man wirklich gute, verlässliche Leute hineinbekommt, was soll dann das ganze heißen? Und wenn man die Soldatenräte vielleicht zur Beaufsichtigung der Offiziere hinstellen sollte, so kann das ja keine Truppe sein, meine Herren. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn man in Deutschösterreich nicht wirklich gute, vertrauenswürdige Offiziere in solcher Zahl, wie wir sie brauchen, herausfinden würde, die dann unter den Truppen jene Leute zu Unteroffizieren ernennen, die vertrauenswürdig sind. Wozu braucht man da noch Soldatenräte? In dem Momenten, wo die Soldatenräte eingeführt wurden, hat auch die Schlechtigkeit unserer Volkswehr, unserer ganzen Truppen angefangen. Das war eine schlechte Institution, denn mir ist von Leuten, die im Schützengraben waren, gesagt worden: wie draußen die Politik angefangen hat, hat auch der Zerfall begonnen. So würde es auch hier sein. Ich glaube, ich brauche nicht weiter auszuführen, wie nachteilig es wirken würde, wenn man bei dem neuen Söldnerheer wieder denselben Fehler begehen würde, daß man nämlich nicht dem Offizier das Recht gibt. Der Offizier ist derjenige, der die Leute abzurichten hat, sie kennen muß und auch das Recht über die Mannschaft hat. Wenn das nicht mehr ist, wenn es kein richtiges Kommando und kein Zutrauen der Soldaten zum Offizier gibt, gibt es auch keine Truppe. Da verweise ich darauf, daß man mit dem Untersuchungsausschuß, der auf Antrag des Dr. Schürrf eingesetzt wurde, solche Schindluderien treibt. Man soll endlich einmal untersuchen, wie die Sache ist, der Untersuchungsausschuß soll einmal in Tätigkeit treten und herausbringen, welche Leute aus der früheren Volkswehr gut sind, daß man sie übernehmen kann und welche Offiziere gut sind. Wenn das einmal gemacht ist, dann kann man daran gehen, eine neue Truppe zu bilden. Selbstverständlich wäre unser Wunsch eine Miliz und nicht eine Söldnertruppe gewesen. Warum man uns im Friedensschluß von St. Germain eine Söldnertruppe aufgedrängt hat? Die Franzosen wissen nämlich ganz genau, daß die Söldnertruppe die schlechteste ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist ferner gemeldet der Herr Abgeordnete Leuthner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Leuthner: Hohes Haus! In dem Wehrgesetz ist uns eine der schwierigsten Aufgaben gestellt, eine der schwierigsten Aufgaben deshalb, weil es gilt, ein Söldnerheer mit den

Grundsäzen der Demokratie zu vereinbaren. Es ist von meinen Vorrednern so viel von den Vorzügen des Militärsystems gesprochen worden und wahrlich, es war Musik in meinen Ohren. Denn alle die Herren haben sich vor zwei oder drei Jahren als die schroffsten und heftigsten Gegner des Militärsystems dargestellt, solange nämlich noch das kaiserliche Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das kaiserliche Heer mit dem stehenden Heer als eigentlichem Grundkörper die herrschende und gesetzliche Norm war. Aber ich freue mich, daß sich alle Parteien der Republik endlich zum Militärsystem bekannt haben, wenn dies auch in einer Zeit geschieht, wo die Einführung des Militärsystems unmöglich geworden ist. Allerdings — daran besteht kein Zweifel — Militärsystem und Demokratie sind begrifflich und geschichtlich auf das innigste verknüpft. Wo es wirkliche, urwüchsige Demokratie gegeben hat, mag es sich um Athen handeln oder um die alte Bauernrepublik der Römer oder um die Schweiz, überall war das Militärsystem oder eine militärtige Heeresform verknüpft mit wirklicher Volksherrschaft.

Die Entente und ihr Friedensvertrag haben uns die Miliz verboten und zwingen uns ein Söldnerheer auf. Daher besteht für uns und für den Gesetzentwurf die Aufgabe, diesem Söldnerheere eine solche Verfassung zu geben, daß es für die republikanische Staatsform möglichst wenig gefährlich wird. Ich glaube, im großen und ganzen ist der Entwurf tatsächlich geeignet, soweit das überhaupt möglich ist, einen Einlaß zwischen diesen zwei feindlichen Prinzipien herzustellen. Wenn man immer im Verhältnis zwischen Heer und Volksstaat als die wichtigste Forderung aufgestellt hat, daß die Volkherrschaft der Zivilgewalt über jeden Zweifel festgelegt sei, muß man dem Entwurfe nachsagen, daß er dies mit seiner Erklärung: „Über das Heer verfügt die Nationalversammlung“ und in allen Bestimmungen, in welchen das Heer unmittelbar der Nationalversammlung und ihren Willensäußerungen unterstellt ist, vollkommen erfüllt.

Hier ist wirklich einmal der Primat der Zivilgewalt festgestellt, nicht nur, wie es in den bürgerlich-kapitalistischen Republiken von französischer Form der Fall war, bloß der Redensart nach. Der Aufbau dieses neuen Heeres ist es, der von vornherein der Zivilgewalt die Gewähr bietet, über der Militärgewalt eine sichere Stellung, eine sichere Vormacht zu besitzen. Schon, daß hier nicht wie bei dem alten Heere die Pyramide hinaufgeht bis zum Feldmarschall, daß die Würdenträger des Heeres nicht wie in alter Zeit allen Würdenträgern des Staates vorangehen, bietet die Bürgschaft dafür, daß dieses Heer sich nicht überheben kann gegenüber dem Staate und seinen Trägern. In unserer Verfassung von einst war freilich auch der Kriegsminister für alles verantwortlich, was im Heere

geschah, aber diese Verantwortlichkeit, ganz abgesehen davon, daß sie sich vor dem sehr ungefährlichen Forum der Delegationen verwirktigte, sie war nur Schein. Denn neben und über dem Kriegsminister stand der Generalstab mit seinem Chef, in dessen Händen sich wirklich alle Macht vereinigte, und darunter stand jene ganze glänzende Reihe von Generälen, von denen ein jeder deutlich in seinem Benehmen die Vorzugsstellung, die er gegenüber der Zivilgewalt innehatte, zum Ausdruck brachte. Es war also in unserer Monarchie ganz ausgeprägt, wie in den meisten übrigen Staaten ebenfalls ganz unzweideutig, daß die Militärgewalt über der Zivilgewalt stand.

Dem ist hier schon durch den Aufbau des Heeres ein Riegel vorgehoben und die Gewähr gegeben, daß dieses Heer nichts mehr sein wird als ein Werkzeug der Republik, als ein Diener der Republik. Dies läßt sich aus anderen Bestimmungen des Entwurfs wohl mit gleicher Sicherheit schließen. Wir haben in dem neuen Heere den vollen Gegen- satz zu erblicken gegenüber der Zweckbestimmung des alten Heeres. Das alte Heer war ja seinem Wesen nach ein Volksheer, wenn man auf die Art der Rekrutierung sah; es sollte die gesamten Volkskräfte in sich fassen, und wie der Krieg bewies, war es auch imstande, diese Volkskräfte bis zum letzten Mann zu erschöpfen. Über der Charakter des Volksheeres war in politischer Hinsicht in sein Gegenteil gekehrt durch das Institut der präsenzdienstleistenden Mannschaften, die das stehende Heer darstellten und die in dieses Volksheer hineinbrachten, hinübertreteten das alte Prinzip des Konkriptionsheeres. Und über diesem Konkriptionsheer aufgebaut war als vollgültiger Überrest des alten Söldnerheeres das Offizierkorps, wirklich eine Schar von Söldnern ganz im Geiste des alten Söldnerheeres, von keiner anderen Idee erfüllt als von der Idee des unbedingten Gehorsams gegen den obersten Kriegsherrn. Und als der einzige Teil des Heeres, in dem ein Wille, in dem eine Persönlichkeit, ja in dem auch nur ein Ehrgefühl lebendig sein durfte, war dieser Söldnerteil des Heeres, dieser aus der Vergangenheit in die moderne allgemeine Wehrform hineingetragene Teil des Heeres derjenige, der den Geist des ganzen Heeres bestimmte.

Wie diese Heeresverfassung für die innere politische Entwicklung bedeutete, daß dasselbe Heer, das jedem gesunden Mann im Volke zwang, sich in den Dienst der Kaiserin zu stellen, doch nichts anderes war als ein Werkzeug des Kaisers und der herrschenden Klassen gegenüber der Masse des Volkes, so bedeutete es, daß dieselbe allgemeine Wehrpflicht, die an sich geeignet gewesen wäre, den Frieden zu verbürgen, weil sie die Gesamtheit der Bevölkerung an dem Frieden interessierte, sich wiederum in ihr Gegenteil verkehrte. Denn immer mehr und mehr

und in immer auffallenderem Maße verstärkte sich in der Zeit, da wir uns dem Weltkriege näherten, der stehende Teil des Heeres, der Teil des Heeres, der dazu geschaffen war, dem Gegner überfallsartig anzugreifen, immer mehr wurde herrschend die die Theorie, daß die Anfangsschlachten entscheidend seien. Und so geschah es, daß unter dem Einfluß dieser Theorie und unter dem Drucke der überwältigen stehenden Heere der Krieg aus der Heeresverfassung als eine technische Notwendigkeit abrollte und daß das Heer, das in seinem eigensten Wesen fast ein Milizheer war, in ähnlicher Weise funktionierte wie das alte Söldnerheer, als ein Heer der Offensive, als ein Heer des Angriffs, der Kriegs- und Eroberungslust. Im Laufe mußte es aber dann seine andere Eigenschaft entfalten. Als nämlich die Offensivtheorie zusammenbrach und sich die Anfangsschlachten nicht als entscheidend erwiesen, als der Krieg sich in die Länge dehnte, da kam zum größten Unglück der Menschheit die eigentliche Tugend des Milizsystems, die ungeheure Verteidigungsfähigkeit, die in der allgemeinen Volksbewaffnung liegt, zur Geltung und der mit Leichtfertigkeit aus dem Prinzip des stehenden Heeres entstandene Krieg wurde zu einem ewigen Krieg durch die unzerbrechliche Gewalt, der im Milizsystem vereinigte Kraft des Volkes.

So hat die alte Heeresverfassung den innersten Sinn, aus dem sie geboren war, selbst verfälscht. Bei uns gilt es, das Umgekehrte zu tun, das Söldnerheer in das Gegenteil seines eigentlichen Sinnes umzuwandeln. Wir werden also in allen Punkten das Konträre von dem zu tun haben, was in dem alten Heer der allgemeinen Wehrpflicht geschehen ist. Wenn dieses losgelöst wurde von der Gesamtheit der Bevölkerung, wenn es durch die Mauern der Gesetzgebung und der Disziplinarbestimmungen von dem Volksganzen abgetrennt wurde, wenn der führende Teil dieses Heeres, die Offiziere, durch eine Sonderstellung über alle anderen Gesellschaftsschichten hinausgehoben wurde, so wird es umgekehrt unsere Aufgabe sein und ist tatsächlich in dem Entwurfe gelöst oder die Lösung dafür ermöglicht, daß unser neues Heer in dem Volke aufgeht, daß zwischen Heer und Volk kein Unterschied erscheint, daß das Heer eingeschränkt ist auf seine funktionellen Notwendigkeiten, auf das, was es technisch zu verrichten hat.

Um diesen Charakter des neuen Heeres herauszuarbeiten, ist es in erster Linie wichtig und notwendig, daß jedem Mitglied dieses Söldnerheeres das Recht der freien politischen Betätigung gewährt werde. Denn gerade dadurch, daß einer mit dem Eintritt in dieses Heer keines seiner Rechte verliert, daß er nicht aufhört, Bürger zu sein, daß das Überschreiten der Schwelle der Kaserne zwischen sein

daz hüber und drüben dieselben Grundsätze, dieselben Voraussetzungen seines Daseins bestehen, wird verhindern, daß das Heer als ein Ganzes und Abge trenntes der Volksgesamtheit gebenübergestellt wird. Dies bedeutet aber auch die entscheidende Maßregel zur Entpolitisierung des Heeres. Es ist ein großes Mißverständnis und setzt eine erstaunliche Unkenntnis der Geschichte voraus, wenn man ein Heer als politisch bezeichnet deshalb, weil seinen einzelnen Mitgliedern das Recht auf politische Betätigung gewährt wird. Diejenigen Heere der Vergangenheit, die sich als Werkzeuge politischer Parteien, als Werkzeuge politischer Führer geltend gemacht haben, waren meistens aus Leuten zusammengesetzt, denen persönlich jede Politik fern lag (*Zustimmung*); sie standen unter politischen Offizieren, wie etwa unter den politischen Generälen Spaniens, die ihre Pro nunziamentos anführten, sie waren geworben oder sonstwie zusammengechart als blinde Parteidräger irgendeines Führers, der sie als Instrument für seine politischen Zwecke benutzte. Wenn aber in der Kaserne ganz dieselbe Unterscheidung der politischen Meinung waltet wie draußen, wenn ein Geist in der Kaserne und draußen herrscht, wie kann man dann annehmen, daß die in der Kaserne befindliche Mannschaft, die unter ganz denselben Einflüssen geistiger und gemütlicher Art steht wie die Bevölkerung draußen, gegen diese Bevölkerung als ein Werkzeug bestimmter Leute benutzt werden könnte? Gerade das Recht auf politische Betätigung des Einzelsoldaten ist also die Gewähr dafür, daß das Heer nicht das Mittel politischer Bestrebungen werden kann, daß es entpolitisiert wird.

Die Entpolitisierung des Heeres liegt auch darin ausgesprochen, daß der einzelne, indem er das volle Recht auf politische Betätigung hat, eine Persönlichkeit gewinnt, eine politische Meinung in sich ausbildet und schon dadurch unfähig wird, blind sich irgendeinem Gebote hinzugeben, das ihm dahin oder dorthin führt. Im übrigen aber, wenn heute das Entsezen über ein politisches Heer so groß ist, so ist auch dieses Entsezen neu.

Meine Herren! Sie haben ja früher ein ausnehmend politisches Heer gehabt, ein ausgeprägt politisches Heer, und Sie haben sich darüber nie entsezt. Sie haben, wo die Fahnen des Heeres wehten und wo der Trompetenschall dieses Heeres laut wurde, nie mit ihrem Hurra! oder Hoch! zurückgehalten. Dieses Heer war politisch vom Wirbel bis zur Zehn, das heißt natürlich politisch nicht in dem Teile, der bloß Kadavergehorsam zu leisten hatte, aber das Offizierskorps war im zehnfachen Sinne politisch; nicht nur, daß es monarchisch zu sein hatte, wie ein Redner es hier als selbstverständliche Pflicht eines Heeres in der Monarchie bezeichnete, sondern dieses Heer hatte außerdem die Pflicht, Diener zu sein einer ganz bestimmten

politischen Richtung in dieser Monarchie, Diener zu sein der Interessen der bürgerlichen Klassen und innerhalb der jeweilig wechselnden nationalen Politik dieses Staates zu dienen als Werkzeug der Unterdrückung, bald da, bald dort. Ja, dieses Heer war so eingerichtet, daß seine nationale Zusammensetzung sogar als Mittel benutzt wurde, politisch verwertet zu werden, indem man bald mit den Bosniaken den Grazern das Österreichertum beibrachte, bald mit den Niederösterreichern oder Egerländern den Pragern patriotische Gesinnung einbleute. Es war also nicht nur in der Gesinnung seiner bevorzugten Träger, der Offiziere, die in ihren Kreisen niemanden duldeten, der etwa ein Sozialist war oder sonst eine freiheitliche Gesinnung betätigte, ein politisches Heer, sondern es war auch ein politisches Heer in seiner Tätigkeit im Staatsganzen dadurch, das es überall verwendet wurde, um in dem Streite der Nationen, in dem Kampf der Völker und Klassen, im Dienste der gemeinsamen und für alle geltenden Knechtschaft unter dem Hanse Habsburg zu wirken.

Wenn Sie also, meine Herren, solchen Abscheu gegen ein politisches Heer, so hätten Sie diesen Abscheu früher zu erkennen geben müssen, wo Ihr Einfluß nicht minder gering war, wo Ihre Stimme weit hin gehört wurde. Heute aber von einem politischen Heere zu sprechen, ist töricht, weil die Bestimmungen, die wir hier in dem Entwurf ausgedrückt finden, alles, was auf die Schaffung eines politischen Heeres gerichtet sein könnte, von vornherein vereiteln und unmöglich machen.

Nun kann man nur freilich sagen, daß diese Bürgschaften nicht genügen, daß es sich ja nur um Paragraphen handelt, daß, wie einer meiner Voredner sagte, es nicht das Gesetz sei, sondern die Handhabung des Gesetzes, die entscheidet, und was dergleichen Redensarten mehr sind. Aber ich möchte mir erlauben, darauf folgendes zu erwidern. Die bisherige Rolle, die das Heer in der Republik gespielt bat, sie sollte eigentlich denen, die heute so herbe Kritik geübt haben, doch ein wenig, wenn schon nicht Achtung, so doch Vorsicht auferlegen. Meine Herren, erinnern Sie sich doch an jene Tage, wo es Ihnen, auch Ihnen, Herr Mataja, keineswegs zum Lächeln war, wo Sie nicht so friedlich dasitzen und so gemächlich der Ereignisse Lauf an sich vorüberrollen lassen konnten. (Zwischenrufe.) Das waren die Tage der Entstehung der Republik. In jenen Tagen der Entstehung der Republik — die älteren Abgeordneten werden sich ja dessen alle erinnern — da war das eingetreten, was jetzt als eine Wirkung der Volkswehr von den meisten hingestellt wird, nämlich der völlige, restlose Zusammenbruch der Disziplin. Dieser völlige und restlose Zusammenbruch der Disziplin begann bei den obersten Vertretern des Heeres und endete bei den letzten.

(Zustimmung.) Wir saßen in einem der großen Sitzungszimmer dort — ich kann mich nicht mehr genau erinnern. — (Rufe: Abteilung II!) ja in der Abteilung II; da kamen zu uns die höchsten Würdenträger des Heeres, eine Reihe von Obersten aus dem Kriegsministerium, dann sogar der Chef des Generalstabes, hilfesuchend, bittend, kamen sie zu uns, wir mögen sie vor der Katastrophe bewahren, die sonst über den Staat und über die Volksgesamtheit hereinbräche. Plötzlich tauchte in den Köpfen der Herren, die sonst gegen alles Demokratische und Volkstümliche gewesen waren, der sonderbare Gedanke auf, daß die volkstümlichen, namentlich die sozialdemokratischen Abgeordneten an die Front hinausrufen möchten, um dieses von den Italienern getriebenen, an Wahnsinn der Flucht und in Auflösung begriffene Heer durch Reden aufzuhalten und durch Reden diese im Chaos wirbelnden Menschenmassen zum ruhigen Abschluß in die Provinz zu bewegen.

Mehr noch! Als dann auf den Zusammenbruch an der Front der Zusammenbruch in den Kasernen in Wien folgte, als alle Bande des Gehorsams aufgelöst waren, als die Kasernen sich leererten und die Maschinengewehre und die Gewehre unbewacht dort stehen blieben, waren es wieder die Abgeordneten, in erster Linie die sozialdemokratischen, an die sich die Militärgewaltigen wendeten, sie möchten nun eingreifen.

Da galt es nun, mit der Eidesabnahme zu retten, was noch zu retten war. Wer aber damals Gelegenheit hatte, die Gelöbnisformel den Soldaten abzunehmen, der konnte dort Erscheinungen beobachten, Herr Kollege Mataja, die weit über das hinausgehen, was Ihnen an der Volkswehr so mißfällt. Ich war zum Beispiel Zeuge einer Szene, wie ein etwa 19jähriger oder 18jähriger Junge in der wirklich nonchalantesten, um nicht zu sagen, rüdesten Form so hinübersprach zu seinem Obersten, als ob sie beide einmal gemeinsam auf derselben Schulbank gesessen hätten. Es war nicht nur der Abstand des Ranges, es war sogar der Abstand des Alters zwischen den zweien aufgehoben und der Oberst stand zitternd und bebend vor dem Jüngling, der offenbar einen einige Tage dauernden Einfluß auf die Mannschaft hatte; ruhig, ohne mit der Wimper zu zucken, ließ der Oberst in unserer Gegenwart sich die Sottisen sagen. Wir machten die Wahrnehmung, daß die Offiziere sich förmlich unter unseren Schutz stellten (Zustimmung), daß sie beim Betreten der Kasernen Besorgnis hegten, nicht nur beschimpft, sondern sogar körperlich bedroht zu werden. Das war die Lage in den Wiener Kasernen (Rufe: Auch in der Provinz!), und so hat das alte kaiserliche Heer geendet. Die Disziplinlosigkeit, die völlige Auflösung des Gehorsams, die Abschaffung aller militärischen Ordnungen, sie ist das

Werk der Monarchie, sie ist das Werk des Krieges, sie gehört der Vergangenheit an, sie zählt mit zu den Erbschaften, die die Republik übernommen hat.

Meine geehrten Herren Vorredner haben so getan, als ob die Schöpfer der Volkswehr etwa die Aufgabe gehabt hätten, die Volkswehr aufzubauen in der freien Schweiz oder in irgendeinem anderen seit Jahrhunderten gefestigten, beruhigten und gesicherten Staatswesen. Was war aber vielmehr, wenn wir die Tatsachen ins Auge fassen, Tatsachen, die den Herren, die hier gesprochen haben, genau bekannt sind, was war in der Tat die Aufgabe beim Aufbau der Volkswehr? Sie aufzurichten aus den Elementen, die ich eben geschildert habe, in einer Zeit, in der der Hass gegen die Offiziere das Gemeingefühl aller Soldaten war, in der bei dem bloßen Gedanken an Gehorsam und Disziplin alles, was Uniform trug, ausschämte in Wut, in der man in den Soldatenversammlungen das Wort „Offizier“, das Wort „Disziplin“ nicht aussprechen durfte, wenn man nicht einen körperlichen Schaden davon tragen wollte. In dieser Zeit mußte die Volkswehr aufgebaut werden als ein Schutzwall gegenüber dem sonst drohenden Chaos, und sie ist in dieser Zeit aufgebaut worden.

Und da glauben Sie, daß Leute, die herausgekommen sind aus dem alten Kerker des kaiserlichen Heeres, bebend vor Wut und von oben bis unten angefüllt mit Hass, die mitgemacht haben die Hochschule des Lasters und Verbrechens, durch die sie der Krieg 4½ Jahre ausgeführt hatte, daß diese Leute nun in der Volkswehr etwa so gegliedert sind, so gehalten sein könnten, wie das alte Heer mit seinem Kadavergehorsam, mit seiner in blutigen Paragraphen geschriebenen Disziplin, mit seiner Vorstellung von hoch und niedrig, die dahin geht, daß nur ein Offizier ein Mensch ist und der Soldat und sogar der Unteroffizier ein kaum als Mensch zu bezeichnendes, der Willkür und der Laune des Offiziers hingebenes Wesen? Hätte man so die Volkswehr aufbauen können? Ich glaube, diese Volkswehr hätte nicht einen Mann bekommen, denn es handelt sich ja doch um eine Anwerbung Freiwilliger.

Sie sagen jetzt — einer der geehrten Herren hat dies behauptet —: An dem Tage, wo das Vertrauensmännerystem in Deutschösterreich eingeführt wurde, an dem Tage sei unser Heer nichts mehr wert gewesen. Es war schon Jahre vorher nichts wert, wie die Kriegsergebnisse beweisen. (Zustimmung.)

Und noch mehr als die Kriegsergebnisse es beweisen, beweisen es die Ereignisse, die sich im eigenen Lande abgespielt haben, wo allerdings weniger die militärischen als die moralischen Verfehlungen dieses Heeres in Betracht kamen. Aber das Vertrauensmännerystem ist keineswegs eine

Erfindung irgendeines sozialistisch ausschweifendes Hirnes. Im Wesen, wenn auch nicht dem Namen nach, hat es sich bereits in den letzten Jahren innerhalb des kaiserlichen Heeres an der Front gebildet. Was waren denn diese „Menagekommissionen“ anderes als die Vorfrucht und die Vorform des Vertrauensmännerystems? Hatten diese Menagekommissionen nicht schon in den letzten zwei Jahren einen entscheidenden Einfluß auf die innere Verwaltung der Regimenter? Könnte trotz aller unbegrenzter Disziplinargewalt, die der Krieg bis zum äußersten verschärft hatte, konnte selbst der Oberst, könnten es die Offiziere wagen, an den Aussprüchen dieser Menagekommissionen vorüberzugehen? Und wurde in diese Menagekommissionen nicht genau gewählt, wie es die Soldaten verlangten, nach einer solchen Verteilung der Nationen, wie sie es forderten, und sehr häufig niemand anders als Sozialdemokraten? Diejenigen, die den Krieg gemacht haben, wissen das ganz genau. In dem Augenblick, wo der Krieg seinem Ende sich zu neigte, war bereits die innere straffe Organisation des alten Heeres zusammengebrochen (Rufe: Sehr richtig!) und das neue Heer bekam neue Lebensformen zu seiner unausweichlichen Voraussetzung. Und warum mag denn das Vertrauensmännerystem den Herren gar so viel Beschwerden bereiten? Es hat sich ja überall, es hat sich vor allem in Deutschland herausgestaltet. Und wenn einer der Herren Vorredner auf Deutschland hingewiesen hat, so möchte ich ihn nur daran erinnern, daß die Vertrauensmänner in Deutschland einen viel weitergehenden Einfluß haben, als ihnen hier das Gesetz zuweist, daß das Vertrauensmännerystem in Deutschland bis in das Heeresamt hineinreicht und daß Funktionäre dieses Vertrauensmännerystems sogar neben dem Noske sitzen. Nun, ich meine, vertrauenserweckender wird doch augenblicklich auf einen bürgerlichen Ordnungsmenschen kaum ein Name wirken als der Noskes. (Heiterkeit.) Wenn ein Noske sich mit dem Vertrauensmännerystem verträgt, so wird sich doch hoffenlich auch Mataja mit dem Vertrauensmännerystem vertragen. (Heiterkeit und Beifall.) Wollen wir die Dinge doch nach ihrem wirklichen Werte schätzen!

Es ist, will man bei dem verharren, was hier polemisch gesagt wurde, nicht sehr leicht, eine Gegenpolemik dagegen vorzubringen. Wenn ein Abgeordneter im Namen einer großen Partei, noch dazu der mitregierenden Partei redet, und es liegt einer der wichtigsten Gesetzentwürfe vor, an dem er im Grunde nicht viel mehr zu tadeln hat, als erstens, daß der Herr Dr. Stern eine Rede gehalten habe, die ihm nicht paßt; zweitens, daß ein Karikatur in der Zeitschrift „Licht über's Land“ geschmacklos war, und drittens, daß der Herr Abgeordnete Bretschneider einen, wie er meint,

unpassenden Zwischenruf gemacht hat, so kommt eigentlich der Gesetzentwurf sehr gut davon. (*Heiterkeit und Beifall.*) Sie werden mir zugeben, Herr Abgeordneter Mataja, das sind im wesentlichen die drei Gravamina, die Sie gegen den Gesetzentwurf vorgebracht haben. (*Abgeordneter Forstner: Und von diesen steht nichts darin!*) Ja, und von diesen drei Dingen steht nichts darinnen: weder der Herr Dr. Stern, noch die Karikatur noch der Kollege Bretschneider. (*Abgeordneter Dr. Mataja: Ich glaube, Sie haben mich verstanden! Das genügt, das ist die Hauptsache!*) Da überschäzen Sie mich, ich habe Sie tatsächlich nicht verstanden. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich bin noch jetzt andauernd höchst erstaunt darüber, daß Ihnen dieser Gesetzentwurf keine anderen Gründe zur Kritik dargeboten hat als diese drei, um die sich wesentlich Ihre Polemik drehte. Aber freilich haben Sie diese mit den Bildungsbestrebungen, mit der Bildungsarbeit in Verbindung gebracht. (*Abgeordneter Dr. Mataja: Sie kommen schön langsam schon darauf! — Heiterkeit.*) Bildungsarbeit! Sehen Sie, Herr Doktor, hier können wir uns von dem Scherze abwenden und zum Ernst übergehen und können einmal die Frage stellen: Was würde in einem Hause, wo man mit allem Ernst eine so große Frage, eine so große Aufgabe, wie sie uns hier in dem Gesetz gegeben ist, behandelt hätte, bei dem Pünktle „Bildungsstreben“ der Gegenstand gewesen sein, worüber sich die Abgeordneten — jeder von seinem Parteistandpunkte aus — auseinandergesetzt hätten? Es würde vor allem eines sie beschäftigt haben: Es ist doch ganz offenkundig, daß ein Söldnerheer ausschließlich mit der Ausübung seiner Berufspflichten seine Zeit nicht ausfüllen kann. Das ist undenkbar, und wenn irgend etwas, ist das geschichtlich erwiesen. Selbst das Fridericianische Söldnerheer — halb Söldner, halb Konkriptionsheer — das mustergültige der Geschichte, hatte seine Freiwächter, die ihrem Erwerbe nachgingen und nur im Kriegsfalle eingezogen wurden. Selbst dieses Heer, das seinen Ruhm darin suchte und dessen Siege auch zum Teile dem zuzuschreiben waren, daß seine Salven klangen wie ein einziger Schuß und daß die Leute im feindlichen Feuer exerzierten wie auf dem Potsdamer Paradeplatz, selbst dieses Heer hatte bestimmte Beschäftigungen, die von seinem militärischen Berufe losgelöst waren. Wir haben es auch bei der dreijährigen Dienstzeit erlebt, daß schon im zweiten, aber erst recht im dritten Jahre eine gewisse Ödigkeit und Langeweile über den Soldaten lag, sogar ihre Diensttätigkeit schon lähmte, und diese Wirkung suchte man durch die berühmte Nachmittagsbeschäftigung zu heilen, diese Nachmittagsbeschäftigung, die ungefähr den Versuchen entsprach, Zuchthäuslern die Zeit zu vertreiben. Denn die ewigen

Kniebeugen und Gewehrgriffe waren ja nichts anderes, als leeres Zeitverträdeln, sie bedeuteten keine Form militärischer Ausbildung. Nun ist es wirklich eine der ernstesten Aufgaben für denjenigen, der ein Heer schafft, zumal aber ein Söldnerheer mit langdauernder Dienstzeit, daß man die Erfüllung des militärischen Berufes mit einer Tätigkeit verbindet, die den Zeitverbrauch zu einem ernsthaften und nützlichen macht.

Und was kam für junge Leute nützlicher sein, als daß man in der Weise, wie es hier der Herr Staatssekretär vor einigen Tagen entwickelt hat, das Heer zugleich zu einer Arbeitsschule ausgestaltet, daß man den Leuten, die in den Heeresdienst eingetreten sind, die Möglichkeit gewährt, sich für ihren späteren zivilen Beruf in der vollkommensten Form vorzubereiten, daß man ihnen Fachschulen eröffnet, daß man ihnen endlich darüber hinaus auch eine allgemeine Bildung, die sie sich sonst nicht aneignen könnten, gewissermaßen als Lohn dafür, daß sie sich dem Staat zur Verfügung gestellt haben, vermittelt! Ich glaube übrigens nicht, daß es in irgendeinem Sinne schädlich und unnütz sein kann, wenn jedes Jahr einige Tausend Menschen durch die Institution des Heeres auf eine höhere Stufe der allgemeinen Bildung erhoben werden. Die Form, in der das dann geschieht, wird natürlich der Entwicklung und auch der öffentlichen Kritik unterliegen und sie wird damit auch ihre Verbesserung und Verfeinerung bekommen. Aber daß dieser Gedanke, der in dem Gesetz festgelegt ist, einer der vernünftigsten, ein wirklich rettender Gedanke ist, das kann niemand bestreiten. Daher würden in einem Hause, in dem die einzelnen Abgeordneten mehr das Interesse hätten, ein Gesetz zu schaffen, das Dauer hat, das uns auf einem so wichtigen Gebiete ein zeitüberdauerndes Werk verbürgen soll, in einem solchen Parlamente werden die Abgeordneten vielmehr darüber beraten haben, in welcher Form dieser Unterricht durchgeführt werden soll, darüber beraten haben, wie dieser Unterricht gestaltet werden soll, und sie würden diesen Punkt mit ganz besonderem Nachdruck als einen der wichtigsten bei der Formung des neuen Heeres hervorgehoben haben. Hier ist die ganze Sache aber nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet worden, daß einem der Herren der jetzige Leiter des Bildungsamtes nicht behagt, daß er irgendwo eine Rede gehalten hat, die ihm noch weniger behagt. Gewiß ist es echt wienerisch, eine Sache nach der Nasé irgendeines Menschen zu beurteilen, der zufällig der augenblickliche Träger und Vertreter dieser Sache ist. Das ist echt wienerisch, aber dieses echt Wienerische hat uns dorthin gebracht, wo wir heute sind, dieses echt Wienerische abzulegen, von den jämmerlich kleinen Personalien endlich zur Sache überzugehen und bei einem Ge-

jeze wie diesem die Sache selbst zu beurteilen und nicht lächerliche Anekdoten aus Witzblättern und alten Zeitungsausschnitten hier vorzutragen, das wäre die eigentliche Aufgabe einer gründlichen Debatte über ein so wichtiges Gesetz. (Zustimmung.) Denn dazu, meine Frauen und Herren, um uns derartige Anekdoten, wie wir sie gehört haben, wechselseitig zu erzählen, war die erste Lesung nicht notwendig, das hätten wir ja im Wehrausschusse ohne einen solchen Aufwand von Hörerschaft, also mit viel geringeren Kosten, auch besorgen können.

Nun aber bleiben wir noch bei Herrn Dr. Mataja und seinen Auseinandersetzungen. Er hat außer diesen drei Gravaminis auch noch entdeckt, daß im Juni die Soldatenräte oder in ihrem Namen der Dr. Frey ein sozialistisches Bekennnis abgelegt haben sollen. Vielleicht geht die Erinnerung des Herrn Dr. Mataja weiter, vielleicht vermag er in seinem Gedächtnisse jene Tunitage in ihrer Ganzheit wieder zu erwecken und dann wird er inne werden, daß damals die Kommunisten die wiederholten und gar nicht so ungefährlichen Versuche anstellt, einzelne Bataillone an sich zu reißen und auf diese Weise die Grundlagen der Republik zu erschüttern.

Damals war es also ein großes Werk, ein Werk der Rettung der Republik, wenn es gelang — und es konnte nur auf dem Wege der Überredung, der Überzeugung, der politischen Besehrung gelingen, weil Gewalt uns nicht zur Verfügung stand (Zustimmung) — diese kommunistische Gefahr durch sozialistische Politik zu besiegen. Was also das höchste Verdienst der Sozialdemokratie ist: daß sie diese Stadt vor einem Blutbad und vor der Nachahmung des ungarischen Kommunistenexperiments bewahrt hat, das scheint jetzt auf als ein Beweis für den unpolitischen Charakter des Heeres, das erst noch zu schaffen ist. Dabei aber darf noch eines nicht vergessen werden: daß damals ausdrücklich von einer Unterstellung in politischer Beziehung unter den Arbeiterrat die Rede war. Es handelte sich da also um die freie Betätigung der politischen Gesinnung eines jeden einzelnen Mitgliedes der Volkswehr, nicht aber darum, daß die Volkswehr als das Heer der Republik dem Kommando des Arbeiterrates unterstellt worden wäre. (So ist es!) Das sind zwei sehr verschiedene Dinge, die zu unterscheiden, sehr notwendig ist. Es war damals ebenso wichtig, daß das ganze des Heeres dem Heeresamte unterstellt und unter seiner Gewalt blieb, wie es wichtig war, daß die Seelen der einzelnen Volkswehrmänner an der Sozialdemokratie und am Arbeiterrate festgehalten wurden. Darin lag in jenen schweren, düsteren, kampfbewegten Tagen der letzte Rettungsanker unseres Heiles. (Beifall.) Sie sollten überhaupt ein wenig vorsichtiger sein in den Wuturteilen, die Sie hier über die Soldatenräte

und über die Volkswehr fällen. Die Volkswehr hat sicherlich da und dort zu Bemerkungen Anlaß gegeben, die nicht immer lobende Bemerkungen waren; aber ich möchte doch gern wissen, warum gerade die Volkswehr als eine Geburt des Verfalles — wie alle Institutionen dieses Staates — allein von den Übeln frei gewesen sein soll, von denen doch keine Einrichtung unseres Staates frei ist. (Beifall.) Nennen Sie mir irgend eine Einrichtung dieses Staates, die nicht mit den Geburtsfehlern behaftet ist, welche der Krieg allen unseren Institutionen, ja allen den Menschen, die durch den Krieg gegangen sind, aufgeheftet hat! Und deshalb von der Volkswehr allein verlangen, daß sie so gestaltet sein soll, als hätte es nie einen Krieg gegeben, das heißt wirklich eine sehr törichte Forderung aufstellen. (Zustimmung.) Vielmehr ist die Frage die: Hat die Volkswehr das geleistet, was von ihr als Höchstleistung zu erwarten war? Hat sie den Frieden im Innern des Landes erhalten? Hat sie uns vor Blutvergießen bewahrt? Hat sie uns den Bürgerkrieg erspart? Hat sie uns davor gerettet, daß wir in ähnliche Zustände geraten wie Budapest, München und Berlin? Da kann aber doch selbst auf Seite der Herren Großdeutschen und auf Seite der Herren Christlichsozialen die Antwort nur „Ja!“ lauten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Lautet sie aber „Ja!\", kann dann, meine Herren, unter ernsten Männern noch von den übrigen Kleinigkeiten die Rede sein? Seien Sie doch froh, daß Sie und der Staat Ihr Leben gerettet haben, und ohne die Volkswehr hätten Sie Ihr Leben nicht gerettet! (Beifall und Händeklatschen.)

Das mußte hervorgehoben werden. Im übrigen sieße sich ja gegen meinen ersten Vorredner auch eine Bemerkung machen, die eigentlich, wenn man hier mit Logik zu rechnen hätte, auf das innere Denken dieses Herrn ein seltsames Licht werfen würde. Aber, wie gesagt, ich verlange nicht, daß man hier den Maßstab strenger Logik anlegt. Herr Schürff ist nämlich sehr aufgereggt darüber, daß im § 24 von republikanischer Erziehung geredet wird, bringt damit den § 30 in Beziehung, spricht davon, daß es dort als eine der Aufgaben der Vertrauensmänner bezeichnet wird, nach § 24 auf die Ausbildung der Wehrmänner einzuwirken und sagt: Na, da sieht man doch, die Vertrauensmänner haben die Pflicht, politisch auf die Wehrmänner zu wirken. Nun, ich muß schon sagen: republikanisch ist in einer Republik nichts politisches, sondern republikanisch ist in einer Republik das Selbstverständliche. Wenn man sich vor dem Worte nicht scheuen würde, weil es zu einem Schmach- und Schandwort geworden ist — aber Ihnen wird es ja ein vertrauter, angenehmer Klang sein —, so könnte man sagen: republikanisch ist in einer Re-

publik das Patriotische. (*Heiterkeit.*) Und wenn es heißt, daß die Vertrauensmänner zu überwachen haben, daß die Wehrmänner eine republikanische Erziehung empfangen, so heißt das gar nichts anderes, als — um es in die Ihnen geschicktlich überlieferte und daher besser vertraute monarchistische Sprache zu übersezzen — daß die Vertrauensmänner darüber zu wachen haben, daß die Wehrmänner gute Patrioten bleiben. (*So ist es!*) Darin kann doch unmöglich etwas erblickt werden, was mit politischen Absichten, mit dem Versuch, das Heer zu politisieren, irgendwie zusammenhängt.

Nein, meine Herren, diese Vorwürfe werden den Gesetzentwurf nicht treffen und sie werden auch die Institutionen nicht treffen, die in dem Bildungswesen und in dem Vertrauensmännerwesen Grundlagen der neuen Wehrverfassung darstellen. Wenn wir auch, meine Herren, darüber sogar streiten würden, ob das Vertrauensmännersystem notwendig ist, wenn es uns auch missfiel, wenn wir auch innerlich dagegen wären: wir können es nicht bestreiten, so wenig wie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Soldaten. Das ist einfach das Ergebnis der Entwicklung. Sie können darüber die Nase rümpfen, aber die jungen Leute von heute würden in ein Heer, das ihnen nicht die volle Bürgschaft ihrer Freiheit gewährte, einfach nicht eintreten. (*So ist es!*) Die Leute, die sich wehrlos und ungeschützt durch die Vertrauensmänner ihren Vorgesetzten ausliefern, diese Leute werden sie einfach nirgends finden, nicht einmal unter den Bauern, geschweige denn in der Stadt. Es ist also ganz gleichgültig, was wir darüber meinen, was wir wollen und wünschen. Wollen wir überhaupt ein Heer haben, so muß es ein Vertrauensmännersystem besitzen und es muß die staatsbürgerlichen Rechte der Mitglieder dieses Heeres verbürgen. Das ist einfach ein Ausdruck unserer Zeit und unseres Zeitgeistes.

Nur noch eine Schlußbemerkung, die sich ebenfalls darauf, was der Herr Abgeordnete Dr. Schürff vorbrachte, bezieht. Er sprach von dem zukünftigen Aufbau des Heeres und meinte, in dieses aufzubauende Heer sei in erster Linie der Berufssoldat, ob nun Offizier oder Unteroffizier, einzugliedern. Es scheint, daß der Herr Abgeordnete Schürff den Friedensvertrag von St. Germain niemals in der Hand gehabt hat, sonst müßte er wissen, daß diese Art des Aufbaues unserer künftigen Wehrmacht ein Ding der Unmöglichkeit ist. In dem Friedensvertrag steht ausdrücklich, daß wir für den Aufbau unseres Heeres nicht mehr als 1500 Offiziere und 2000 Unteroffiziere verwenden können. Gerade diese Bedingung werden wir, weil sie sich so leicht kontrollieren läßt, am wenigsten umgehen können. Nun werden die Schlaumeier kommen und sagen: Wir meinen gar nicht, daß diese Offiziere

als Offiziere eintreten sollen, es bieten sich heute sehr viele Offiziere an, als gemeine Soldaten — um das alte Wort „gemeine Soldaten“ anzuwenden — als Wehrmänner einzutreten.

Ich will mich nicht darüber verbreiten, ob ein Offizier, der als Wehrmann eintritt, der richtige Wehrmann sein wird, ob er nicht alle Qualitäten verlieren wird, die er als Offizier hatte, und keine Qualität gewinnen, die er als Wehrmann braucht. Das ist eine Frage für sich. Aber ich würde Ihnen sehr abraten, ein solches Experiment zu machen. Wissen Sie weshalb wir eigentlich im Frieden von St. Germain zum Söldnerheer verurteilt worden sind? Weil der Engländer eine gewisse Vorliebe für Söldnerheere hat, aber noch mehr, weil den Franzosen noch immer das Gespenst der Umgehung des Friedens von Tilsit plagt. Der Franzose erinnert sich immer noch an jene kluge und vorausschauende Weise, wie damals das zertrümmerte und auf einen kleinen Landrest zurückgebrachte Preußen, die ihm bewilligte kleine Zahl von Truppen durch rasch aufeinander folgende Einberufungen und Beurlaubungen zu einem großen, kämpfähigen Heere auszugestalten vermochte. Was ist es, worauf die Franzosen ihre Blicke richten werden? Darauf, daß unser Heer nicht etwa die Formen eines Kaderheeres annimmt. Das werden Sie wirklich keinem Franzosen einreden können, daß wenn wir unsere Offiziere als Wehrmänner einberufen, wir sie als Wehrmänner meinen. So naiv sind die Franzosen nicht, namentlich nicht ihre Vertreter hier in Wien. Das erste, was sie sagen würden, wäre, daß wir eine lästige Umgehung der betreffenden Bestimmungen des Friedens von St. Germain versuchen, daß wir auf diesem Umwege uns nicht ein Werbeheer schaffen, sondern ein Kaderheer uns tatsächlich bereitstellen, eine große Anzahl von Offizieren, hinter denen dann eine starke Macht im Ernstfalle aufzubauen wäre. In der Tat ist es das nicht, denn auf diese Weise ist kein Kaderheer zu schaffen; aber es wäre sicherlich ein Einwand, den wir sofort zu hören bekämen, und es wäre der erste Anlaß zum Eingreifen der Entente in unsere inneren Angelegenheiten. Wir würden uns bei Befolgung des Wunsches, den hier der Abgeordnete Schürff als Anwalt von Wünschen vieler Offiziere ausgesprochen hat, nur einer Blamage, einer Demütigung, einer Rüge aussetzen, die wir unterwürfig über uns ergehen lassen müssen, aber wir würden damit nichts erreichen. Dieser Weg ist nicht gangbar; gangbar ist nur der Weg, wie er hier angezeigt ist, daß wir einen Teil der Offiziere eben übernehmen, einen andern Teil der Offiziere aus der Volkswehr herauswachsen lassen und daß wir im übrigen dafür sorgen, wie schon heute im Budgetausschuß vom Herrn Staatssekretär auseinandergesetzt worden ist, den übrigen Offizieren im

bürgerlichen Leben eine entsprechende Lebensstellung zu verschaffen.

Wie viel wir uns das kosten lassen, diesen Übergang möglichst menschlich zu gestalten, das kann jeder aus dem Budget entnehmen. Ein ganz beträchtlicher Teil des angesprochenen Heeresbudgets ist dem Zwecke gewidmet, einige tausend Offiziere, die wir heute militärisch nicht mehr verwenden, militärisch eigentlich nicht mehr brauchen, so lange über dem Wasser zu halten, bis wir ihnen in anderer Form eine Lebensstellung ermöglichen können. Mehr leisten können und dürfen wir aber nicht, und gar uns eine Verwendungsform der Offiziere zu ersinnen, bei der unsere Unabhängigkeit und unsere Ehre in einem Konflikt mit der Entente, in Gefahr käme, das wäre mehr als töricht.

In diesem Zusammenhange ist zu erwähnen, daß hier ausdrücklich gesagt wird, die Offiziere sollen künftig aus der Mannschaft hervorgehen. Auch dies ist einer der grundlegenden Gedanken einer Heeresverfassung, die das Heer nicht über das Volk stellen will. Denn bisher werden die Offiziere nicht aus den Reihen der Mannschaft entnommen unter dem Vorwande, daß höhere Studien erforderlich seien und eine höhere Bildung die Voraussetzung bilde. Wer aber die einstigen Kadettenschulen gekannt hat, weiß, daß die höhere Bildung, die dort vermittelt wurde, selbst mit der minderwertigen Bürgerschule nicht auf gleicher Stufe stand. Es war also nicht eine Frage der Bildung, die hier entschied, sondern es war die Frage des klösterlichen Abschlusses, der fastenmäßigen Einengung und Einordnung, die es ermöglichen sollte, zwar zum Teil nicht eben sehr gebildete, aber in einem bestimmten Sinne verbildete Menschen von frühester Jugend an in geschlossener Einheit dem Volksganzen schroff gegenüberzustellen.

Unser Problem ist das umgekehrte. Daher müssen wir auch den umgekehrten Weg wandeln. Wir müssen den Offizier aus der Mannschaft hervorgehen lassen und wir werden innerhalb der Mannschaft die Leute finden, die Geist und Begabung genug haben, um auf dem Bildungsweg, den wir ihnen hier eröffnen, sich die notwendigen Voraussetzungen für die Ausübung ihrer Funktionen zu erwerben. Nur dieser Weg ist der demokratische, nur dieser gibt die Bürgschaft dafür, daß wir ein Heer gewinnen, das nicht, wie das alte Heer, in Gegensatz sich stellt zum Volke, sondern das sich nur fühlt und erachtet als ein Teil dieses Volkes und als der wiramste Diener dieses Volkes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist ferner gemeldet der Herr Abgeordnete Friedmann.

Abgeordneter Friedmann: Meine geehrten Damen und Herren! Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat uns an die Tage des Umsturzes erinnert und gemeint, daß, was sich in der Volkswehr zu Beginn als Tadelnswertes gezeigt habe, sei doch schließlich nur die Folge der schon von lange her eingetretenen Versetzung in der Armee gewesen. Und er hat sich hierbei auf das Zeugnis derjenigen berufen, die zur damaligen Zeit noch als Abgeordnete der alten Zeit die Geschäfte der Volksvertretung fortzuführen hatten. Ich habe mich bemüht, während der Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners die Ereignisse von damals, deren Zeuge ich ja gleichfalls gewesen bin, Revue passieren zu lassen, und ich muß gestehen, daß ich bei bestem Willen den historischen Schilderungen, die der Herr Abgeordnete Leuthner gegeben hat, nicht beipflichten kann. Es wäre doch auch auffallend, daß gerade die rückkehrenden Truppen, die nach Deutschösterreich zurückgeschlungen sind, so völlig zerfallen und disorganisiert gewesen wären, während die anderen Staaten, die aus der österreichisch ungarnischen Monarchie entstanden sind, die Truppen doch noch als verwendbare und disziplinierte Truppen auffangen und erhalten konnten. So, verehrter Herr Leuthner, hat sich die Sache doch nicht zugetragen. Die 25. Infanterietruppendivision ist in voller Disziplin nach Wien zurückgeführt worden. Hier waren aber die Vorbereitungen der Agitation und Versetzung getroffen worden und so sind diese Truppenteile zerfallen. (Zwischenrufe.) Und war es zu verwundern, daß die Volkswehr sehr bald eine Haltung angenommen hat, von der selbst die Verteidiger sagen müssen, daß sie nicht einwandfrei ist, wenn damals der Herr Unterstaatssekretär Deutsch in die Versammlungen gegangen ist und den Leuten erklärt hat, daß sie Angehörige der bewaffneten proletarischen Armee sind, wenn Sie damals in den Versammlungen alles darangesetzt haben, die Volkswehr zu einer ausgesprochen sozialdemokratischen Partietruppe zu gestalten?

Der Herr Vorredner Abgeordneter Leuthner hat, sich an die bürgerlichen Abgeordneten wendend, sie mit einer gewissen Ironie erinnert, wie ängstlich damals die Abgeordneten waren, als nach dem Umsturz die Zeiten so unsicher waren. Nun, ich war auch Zeuge der Ereignisse vom 12. November 1918, als Angehörige der Volkswehr durch das Gittertor des Einganges in die Halle des Reichsrates geschossen haben. Ich stand damals dort und habe die ersten Schüsse miterlebt. Ich habe dann, als ich zurückkehrte, die Bewegung gesehen, die begreiflicherweise im Innern des Hauses vor sich gegangen ist. Und da möchte ich bemerken, daß ich eine Anzahl schreckensbleicher Gesichter auch der sozialdemokratischen Staatsräte und Abgeordneten gesehen habe, als diese Schüsse losgegangen sind. Es ist Ihnen

diese Bewegung schon damals etwas stark über den Kopf gewachsen, das wollen wir zugeben. Wenn Sie aber erklären, daß diese Bewegung ganz aus sich heraus, infolge der früheren Verhältnisse entstanden ist, dann ist es ein ähnlicher Gedankengang wie der, dem der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch Ausdruck verlieh, indem er in seiner Rede vom 14. d. mit der er die Vorlage einbrachte, meinte, die Volkswehr sei eine Improvisation gewesen, der natürlich die Mängel einer Improvisation anhingen. Ich möchte demgegenüber doch meiner stark begründeten Vermutung Ausdruck geben, daß von einer so ganz improvisierten Improvisation nicht die Rede sein kann, sondern daß es ein wohl vorbedachter Plan war, die Volkswehr von Haus aus zu einem Instrument in der Hand Ihrer Partei zu machen und sich gegebenenfalls der Volkswehr zu bedienen, um das Bürgertum einzuschüchtern. (Zwischenruf seitens eines Galeriebesuchers.)

Der Herr Vorredner erinnert uns daran, welches Verdienst sich die Volkswehr angesichts der kommunistischen Gefahr erworben hätte, die gerade zur Zeit, als die Räteregierung in Budapest herrschte, so eminent gewesen sei. Nun, meine verehrten Anwesenden, diese Ereignisse liegen ja nicht 15 oder 16 Monate zurück, wie die zu Beginn der Republik, und da mag uns das Gedächtnis weniger täuschen. Ich habe den Eindruck, daß es nicht richtig ist, wenn der Herr Abgeordnete Leuthner sagt, wir hätten ohne die Volkswehr jetzt die Räteregierung. Meine verehrten Anwesenden! Sie erinnern sich alle auch sehr gut der Schießerei hier vor dem Parlament, Sie erinnern sich, wie unsere brave Polizei zähneknirschend die Waffen abliefern und abmarschieren mußte, und zwar nur deshalb, weil man nicht sicher war, ob es nicht zwischen der Volkswehr und der Polizei selbst zu Zusammenstößen käme, wenn nicht die Polizei vernünftig genug wäre, diesem Ratschlag zu folgen und sich von hier zu entfernen. (Abgeordneter Forstner: Was hätten sie tun können, sie waren doch ganz wehrlos!) Entschuldigen Sie, Sie sprechen immer von wehrlos; wir haben den Eindruck, daß wir hier in Wien durch unsere wackere Polizei genügend geschützt und viel weniger wehrlos wären, wenn wir nicht soviel Wehren hätten. (Heiterkeit.) Nein, wir haben einfach die Räterepublik nicht, weil, wie sie als guter Wiener selbst sehr gut wissen, Wien ein außerordentlich ungünstiger Boden dafür ist. (Abgeordneter Forstner: Damals sind die Herren hinter dem Ofen gesessen!)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich ersuche Sie, Herr Abgeordneter Forstner, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Friedmann (fortfahrend): Sie werden mich nicht hinter dem Ofen haben

sitzen sehen; ich weiß nicht, wen Sie unter den Herren verstehen, die hinter dem Ofen gesessen sein sollen, ich aber habe reichlich viele Herren außerhalb des Ofens sich bewegen gesehen. (Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Forstner.) Es ist schwer, über Ereignisse zu polemisieren, die Ermessenssache sind. Herr Forstner gibt hier in Zwischenrufen Erklärungen ab, die er beweisen müßte. Es ist mir natürlich schwer, den Gegenbeweis von hier aus im Augenblick zu liefern. (Zwischenruf.)

Der Herr Staatssekretär sprach von einer Improvisation. Ich muß schon sagen, daß wir uns für eine Improvisation bedanken müssen, die uns seit fünfzehn Monaten die schwersten Sorgen bereitet. Ich bin nie gewohnt, zu generalisieren und will gerne zugeben, daß es eine ganze Reihe von Leuten in der Volkswehr gibt, die gerne ein ruhiges, behagliches Leben in der Volkswehr führen und sich von all den Aufregungen fernhalten möchten, die ihnen die immer wiederkehrende Agitation innerhalb des Körpers der Volkswehr selbst bereitet. Ich will auch nicht leugnen, daß dem Näherstehenden, der genauen Einblick in die Verhältnisse hat, eine Reihe lobenswerter Fälle bekannt sind; ich will nur hinzufügen, daß dem Außenstehenden die Kenntnis solcher Fälle außerordentlich mangelt, während ihm zum Überdruß Fälle bekannt sind, in denen bitter über das Vorgehen von Leuten der Volkswehr Klage geführt wird.

Ich will die Generaldebatte nicht dazu benützen, um hier Einzelfälle, die ja übrigens genügend bekanntgeworden sind, neuerdings zu besprechen, aber ich darf doch an den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs nicht vorübergehen, ohne sie durch die Antwort zu illustrieren, die er auf eine von mir eingebrachte Interpellation gegeben hat. Es ist das jene Interpellation, in der ich den reservat verlautbarten Befehl des Kreises B des Wiener Volkswehrkommandos, gezeichnet von dem Herrn Obersleutnant Stößl-Wimmer, zum Gegenstande einer Anfrage gemacht habe. Der Herr Staatssekretär antwortete mir im großen und ganzen, daß es dem Staatsamt für Heerwesen in der Tat gelungen sei, die Volkswehr allmählich zu einem straff disziplinierten militärischen Körper zu gestalten. Darauf läßt sich natürlich nicht streiten; das ist die Anschaugung des Herrn Staatssekretärs; die Anschaugung anderer Leute, die den Befehl desselben Herrn Obersleutnants lasen, der von ihm später de- und wehmüdig zurückgezogen wurde, ist eine andere. (Abgeordneter Dr. Bauer: Ich bin bereit, aus der alten Armee genau dieselben Befehle vorzulesen!) Ich will das zugeben, nur glaube ich, daß niemand in der alten Armee, wenn er solche Befehle gegeben hatte, sie nach drei Tagen so

zurückgezogen hat, wie der Herr Oberstleutnant.
(Abgeordneter Dr. Bauer: Wenn sie so missbraucht wurden, wie es von Ihnen geschehen ist! — Lebhafte Zwischenrufe.) Ich nenne das keinen Missbrauch. Ich verbiete mir eine derartige Bemerkung, daß das ein Missbrauch ist. *(Rufe auf der Galerie. — Entrüstungsrufe im Saale. — Unruhe.)*

Präsident Dr. Dinghofer (*das Glockenzeichen gebend*): Ich mache die Galerie darauf aufmerksam, daß, wenn noch eine Bemerkung fällt, ich sie räumen werde. Es ist das zweite Mal, daß von der Galerie eine Äußerung fällt. Ich mache darauf aufmerksam, daß in diesem Hause weder eine Missfallens- noch eine Beifallskundgebung von der Galerie geduldet wird. Ich müßte daher, wenn der betreffende Herr oder die Herren noch weiter Bemerkungen machen, von meinem Rechte Gebrauch machen, daß ich sie aus dem Hause entfernen lasse. Zum übrigen bitte ich, den Redner nicht weiter zu stören und ersuche ihn, fortzufahren.

Abgeordneter Friedmann: Meine Herren! Der Herr Zwischenruber von vornehin meinte, daß Anlässe zu derartigen Befehlen auch in der früheren Armee zahlreich gegeben gewesen wären. Ich will es nicht leugnen, ich bin zu wenig über die Einzelheiten informiert. Ich war auch leider wegen meines Alters während des Krieges nicht eingerückt, ich bin also auch absolut nicht befähigt, ihm daraus irgendeine Antwort zu geben. Eines möchte ich dennoch bemerken. Daß die Veröffentlichung eines derartigen Schriftstückes als ein Missbrauch betrachtet werden kann, dagegen möchte ich mich verwahren. Im Gegenteil, ich betrachte es als die Pflicht eines Volksvertreters, alles dazu beizutragen, um der Öffentlichkeit Vorgänge bekannt zu machen, auf deren Kenntnisnahme sie ein Unrecht hat. Ich spreche diese Meinung aus, weil ich ein abgesagter Feind der ganzen Geheimniskrämerie und der Geheimdiplomatie bin, die wir seit Monaten zunehmend konstatieren müssen. Es hat die Bevölkerung ein Unrecht darauf, es zu erfahren, wenn ein Kreiskommandant das schreibt, was in diesem Befehle enthalten ist.

Ich werde nur einige Stellen daraus aus dem Grunde in Ihr Gedächtnis zurückrufen, weil ich nicht umhin kann, die Antwort des Herrn Kreiskommandanten Stözl-Wimmer zu kritisieren. Er schreibt hier, der Befehl hätte sich gegen jene Elemente gerichtet, „die trotz genauer Weisungen der Kontrolle *rc.* das Dienen bei der Volkswehr deshalb für nützlich erachten, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen der Meinung sind, unter dem Deckmantel sich alles erlauben zu können. Glücklicherweise ist die Zahl dieser Elemente nur ein kleiner Teil der gesamten Wehrmannschaft“. Es wäre

außerordentlich erfreulich, wenn diese Mitteilung zuträfe. Aber dann frage ich, wie kann dann der Herr Kreiskommandant schreiben, daß er zu seiner größten Bestürzung die Tatsache entnimmt, daß die Mannschaft, die den Wachtdienst versieht, die Dienstvorschriften außer acht läßt *rc. rc.* Er spricht nicht von vereinzelten Fällen, er spricht von der Mannschaft des Kreises, die den Wachtdienst versieht.

Ich kann mir doch nicht denken, daß das — und das sind nicht Einzelerscheinungen, die er hier in den schärfsten Worten bekräftelt — gerade nur eine ganz kleine beschränkte Zahl ist, daß das wirklich nur einzelne Personen sind, wie er dann in dem Entschuldigungsschreiben vorbringt. Was soll man zu einem Manne sagen, der in seinem Berichte an den Herrn Staatssekretär zum großen Teile das zurücknimmt, was er drei Tage vorher geschrieben hat. Er schreibt nämlich hier (*liest*):

„Wenn ich hente die eingelaufenen Berichte der Nationalversammlung dem Kreisarbeiterrate oder irgendeiner autonomen Behörde zur Einsicht vorzulegen hätte, würde der Bestand der Volkswehr nur noch nach Tagen zählen.“

Er spricht durchaus nicht von diesen vereinzelten Fällen und Sie müssen mir zugeben, daß der Aufentstehende, der über die verschiedenen Einzelvorgänge in der Volkswehr unmöglich unterrichtet sein kann, wenn er ein derartiges Schreiben sieht, denn doch die Vorstellung haben muß, daß es außerordentlich schlecht mit der Disziplin in dieser Volkswehr bestellt sein muß. Und er bemühtet diese Tatsachen, obwohl er hier in seinem Befehlschreiben schreibt: „Es wäre ein Verbrechen schlimmster Art, diese erwiesenen Tatsachen behmänteln, beschönigen oder gar verschweigen zu wollen.“ Ich erwähne das deshalb, weil ich glaube, daß man es mir nicht übelnehmen wird, wenn ich sage, bei so gewundenen Interpellationsbeantwortungen, bei Berufung auf ein derartiges Schreiben, wie ich es eben charakterisiert habe, fehlt mir der wahre, aufrichtige Glaube an die Ausführungen, die wir bei Einbringung der Wehrvorlage gehört haben.

Nun hat der Herr Staatssekretär auch über die Kosten der neuen Wehrmacht gesprochen und vergleiche mit der alten Wehrmacht angestellt. Meine geehrten Damen und Herren! Mit der Statistik kann man ja bekanntermassen allerlei anfangen. Die Ziffern, die der Herr Staatssekretär uns von der Wehrmacht der alten Zeit genannt hat, haben auch die kolossalen Ausgaben für die Bewaffnung, für die gesamte Ausrüstung mit einbegriiffen. In den Ziffern für die jetzige Wehrmacht sind aber doch eine ganze Reihe großer Beträge nicht mitaufgenommen, wie sie zum Beispiel in dem Nachtrag zum Finanzgesetz . . . (Staatssekretär

Dr. Deutsch: Das war alles darinnen!) Haben Sie auch diese dreimal 20 Millionen aufgenommen in die 371 Millionen, von denen Sie sprachen?

(*Staatssekretär Dr. Deutsch:* Alle Zahlen, die im

Nachtragsbudget darinnen sind, sind berücksichtigt!)

Sind da berücksichtigt die 20 Millionen für die

Ersparnisse aus dem Abbau der Volkswehr?

(*Staatssekretär Dr. Deutsch:* Ja!)

Sind berücksichtigt die 21 Millionen für die vier Monate September bis Dezember als Ergänzung für die Unterhaltsbeiträge an die Angehörigen der Volkswehrmänner? (*Abgeordneter*

Dr. Deutsch: Rechnen Sie doch nach!) Ich habe es getan, ich finde aber eine Kongruenz mit der von Ihnen angeführten Ziffern nicht. Ich möchte nur sagen, daß der Herr Staatssekretär gar nicht erwähnt hat, daß für die Bewaffnung einer Wehrmacht, für die Ausrüstung und Instandhaltung derselben ziemlich große Beträge notwendig sind, und er müßte uns eigentlich hier ein wirkliches Bild über die Kosten zu geben, die kolossalen Reserve miteinrechnen, die das Staatsamt für Heerwesen aus den Sachdemobilisierungsgütern für sich in Anspruch nimmt. Diese Reserve sind ein Gegenstand noch nicht abgeschlossenen Streites zwischen den beteiligten Staatsämtern, beziehungsweise dem Staatsamt für Heerwesen und der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung. Sehen Sie, so werden sicherem Vernehmen nach beispielsweise vom Staatsamt für Heerwesen ungefähr 450 Waggon Kupfer und Messing in Anspruch genommen aus einem Gesamtbestande, der uns noch übrig bleibt, von circa 1400, von denen die Industriewerke 650 Waggon für sich in Anspruch nehmen, so daß eigentlich nur verhältnismäßig wenig für die Volkswirtschaft übrig bleibt. Ich erwähne diese einzelnen Ziffern aus dem Grunde, weil ich es doch nicht unbesprochen lassen konnte, wenn der Herr Staatssekretär uns ein Bild der Ausgaben, der prozentuellen Anteile entworfen hat, das, da wie ich schon eingangs gesagt habe, die Statistik alles mögliche mit sich machen läßt, ein verzerrtes und unrichtiges Bild ist, und ich daran erinnern möchte, daß alle Ausgaben, die er noch vor hat und die für die Ausgestaltung der Wehrmacht noch notwendig sein dürften, bei dieser Gelegenheit vergessen hat. Ich sage das aus dem Grunde, weil ich sehr bedaure, daß, wenn es schon nicht gestattet ist, ein Militärheer zu errichten, ich es vorziehen würde, wenn überhaupt von der Errichtung einer Wehrmacht absehen werden könnte.

Denn es ist nicht richtig, wenn der Herr Staatssekretär sagt, daß für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern die Polizei und Gendarmerie nicht ausreichen wird.

Was den Schutz der Grenzen anbelangt — mein Gott, wenn ein Staat so verarmt und so

verelendet ist, wie wir, kann und darf er nicht an irgendwelche kriegerischen Verwicklungen denken; denn wir sind in einer Lage und werden auch, wenn diese neue Wehrmacht aufgestellt sein wird, in einer Lage sein, die es uns absolut unmöglich macht, unsere Grenzen zu verteidigen, für den ganz unmöglichen und unvorgesehnen Fall, als es irgend jemanden einfallen sollte, unsere Grenzen zu überschreiten; zu welchem Zweck? Um vielleicht ein Stück eines Landes zu erobern, daß in einer so furchtbare gedrückten und heimliche hoffnungslosen Situation sich befindet?

Die Herren Vorredner, welche gegen die Vorlage Stellung genommen haben, haben bereits eine ganze Reihe von Paragraphen kritisiert. Auf die Gefahr hin, zu wiederholen, möchte ich doch einige Worte über die Institution der Soldatenräte und über die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten der Angehörigen der neuen Wehrmacht sprechen. Ich halte mich auch nicht an das Wort, wie bereits Herr Dr. Mataja gesagt hat. Ob man sie Soldatenräte nennt, wenn sie nur Vertrauensmänner sind oder ob man sie Vertrauensmänner nennt, sie aber Soldatenräte sind. Es kommt nicht auf die Bezeichnung, sondern auf die Funktion und auf die Durchführung an. Ich vermisste gleich eingangs des § 30, wo von der Wahrung der Interessen die Rede ist, den ausdrücklichen Hinweis darauf, daß es sich um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Angehörigen der Wehrmacht handelt. Und diese Aussäffung des Wortes „Wirtschaftlichen“ ist natürlich keine zufällige. Sie ist beabsichtigt, weil ja in dem zweiten Absatz auf den § 24 hingewiesen ist, der über die Ausbildung der Wehrmänner spricht. Und da heißt es allerdings nur: „allgemeine staatsbürgerliche und republikanische Erziehung.“ Daß die Erziehung in dieser Richtung eine politische Tätigkeit ist, kann nicht angezeifelt werden und daß mit der Beibehaltung der Institution der Soldatenräte beabsichtigt ist, gerade das beizubehalten, was in der politischen Tätigkeit dieser Soldatenräte liegt, wird man uns nie und nimmer ausreden können. Wenn Sie es wirklich nur so meinen, daß die Soldatenräte ähnlich wie die Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz in einer Fabrik die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten haben, im wirklichen Sinne die Vertrauensmänner sein sollen, dann müßten Sie es auch klipp und klar im Gesetze zum Ausdruck bringen und es wird dann gegen die Auffstellung von Vertrauensmännern niemand etwas einzuwenden haben. Die Vertrauensmänner haben auch bei der Werbung mitzuwirken. Man sollte meinen, daß die Anwerbung Sache der staatlichen Exekutive ist.

Einer der Herren Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß sie auch bei Disziplinarstraffällen

mitzuwirken haben, also auch in den Fällen, wo es sich um ein Disziplinarvorgehen gegen Offiziere oder Unteroffiziere handelt. Das muß die allerstärksten Bedenken bei jedem hervorrufen, der wünscht, daß bei aller Gewährung möglichster Freiheiten an die Angehörigen der Wehrmacht, der neuen Wehrmacht denn doch eine disziplinierte, eine gut organisierte Wehrmacht bilden, daß sie wirklich das sei, wovon der Abgeordnete Leuthner gesprochen hat, indem er auf den § 3 hinwies, wonach über sie die Nationalversammlung verfügt. Meine geehrten Damen und Herren! Haben Sie den Eindruck, daß zum Beispiel diese Nationalversammlung über die Volkswehr wirklich verfügt? Haben Sie den Eindruck, daß diese Nationalversammlung so ganz unbehelligt und unbeeinflußt durch die Vorgänge, die ja heute schon vielfach geschildert worden sind, die sich auf der Straße abgespielt haben und mit der Volkswehr in innigen Zusammenhang gebracht werden, ihr Votum abgegeben hat? Nicht darauf kommt es an, ob hier in dem Gesetze steht: die Nationalversammlung verfügt über die Volkswehr, sondern darauf kommt es an, ob bei der Zusammensetzung der Volkswehr, bei den Funktionen, welche den einzelnen Organen anvertraut sind, wirklich jener Geist der Disziplin, des Pflichtgefühls und der Unterordnung herrscht, ohne den Sie gar keinen Betrieb führen, ohne den Sie auch nicht den Betrieb einer Wehrmacht aufrecht erhalten können und ohne den diese Wehrmacht nie ein Instrument zum Schutze nach außen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein wird.

Ich will schließlich noch etwas über die staatsbürgerlichen Rechte sagen. Niemand will die staatsbürgerlichen Rechte der Angehörigen des Heeres unnütz verkürzen. Eine Verkürzung in gewissem Sinne greift ja Platz, indem die Be-tätigung nur nach Maßgabe des Dienstes möglich ist; eine Selbstverständlichkeit. Aber es müßte doch dieser Paragraph, ähnlich wie es in Deutschland geschieht, genau abgrenzen und bestimmen, welches das Ausmaß für die Be-tätigung der staatsbürgerlichen Rechte ist und welche besonderen Einschränkungen noch geboten werden müssen; denn sonst kann es passieren, daß ganze Truppenkörper parteipolitische Vereine gründen, daß sie in den Kasernenhöfen ihre Versammlungen abhalten, daß sie, sowie es ja vor den Wahlen im Februar geschehen ist, durch Umzüge Einschüchterungen hervorrufen, mit anderen Worten vermöge ihrer besonderen Stellung, die sie als Angehörige der Wehrmacht haben, ihre staatsbürgerlichen Rechte in einer Art und Weise verfolgen, durch die die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der übrigen Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Meine verehrten Anwesenden! Die Meinung in der Bevölkerung und nicht nur in der Bevölkerung, die Sie die bürgerlichen Kreise nennen,

auch in der Bevölkerung der Arbeiterschaft, die redlich arbeitet und wünscht, daß sie in Ruhe und Ordnung ihre Arbeiten durchführen kann, die diese fortwährenden Beunruhigungen und Agitationen satt ist, die auch mit alldem, was das Rätesystem gebracht hat, durchaus nicht einverstanden ist — man muß nicht Sozialdemokrat sein, um zu wissen, was in diesen Kreisen vorgeht, vielleicht kann sich gerade derjenige, der als Fabrikant und Mann der Werkstätte Gelegenheit hatte, durch Jahre mit den Leuten in Berührung zu treten, ein gewisses Urteil über die Stimmung anmaßen — ich sage also: in den weitesten Kreisen der Bevölkerung lebt der Wunsch, daß, wenn es zur Errichtung einer neuen Wehrmacht kommt, dieselbe nicht eine zweite Auflage der jetzigen Volkswehr sein soll. Es wäre dies von einer so elementaren Bedeutung für das weitere Geschick Österreichs, daß ich, ohne mich einer Übertreibung schuldig zu machen, sagen könnte, daß jeder Rest von Hoffnung auf unser Wiederaufstehen, auf unseren Wiederaufbau und unser Wiedererholen mit einem derartigen Fehler einfach benommen wäre.

Wir sehen hier eine Vorlage, die angeblich ein Kompromiß sein soll, mit kleinen Konzessionen, aber mit sehr großen Unaufrichtigkeiten. Beseitigen Sie diese Unaufrichtigkeiten, trachten Sie, daß im Ausschusse in loyaler offener Aussprache die gemeinsame Linie gefunden wird, die ich schließlich dahin charakterisieren möchte: ein Volksheer, eine Wehrmacht zum Schutze der Republik Österreich mit all denjenigen Freiheiten, welche ohne Verlegung der Dienstesobligationen gegeben werden können. Aber um Himmelswillen nicht eine Wehrmacht, die einseitige Parteipolitik treibt, die zu einer Prätorianergarde, zu einer Parteidruppe würde. Es würde das der einen oder der anderen Partei gegenwärtig vielleicht angenehm oder nützlich sein, später aber zum größten Unglücke, nicht nur für einzelne Parteien, sondern für die ganze Bevölkerung ausarten.

Präsident (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Wagner.

Abgeordneter Dr. Wagner: Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch hat die Volkswehr eine Gelegenheitschöpfung genannt, er hat dafür den Ausdruck „Improvisation“ gewählt, der ja viel deutscher ist, als das Wort „Gelegenheitschöpfung“. Ich habe gegen seine Auffassung gar nichts einzuwenden, es ist so. Ich war in meiner Jugend ein bissel Stegreifdichter und alles, was als dem Stegreif geschaffen wird, verehrter Herr Staatssekretär, ist nichts witzig und hat auf die Dauer keinen künstlerischen und ästhetischen Wert; nicht einmal die Verse des großen Goethe,

die er aus dem Stegreif gemacht hat, sind ihm besonders gelungen. Und so kann man auch sagen, daß Ihnen die Volkswehr nicht besonders gelungen ist. Machen Sie's mit Überlegung, dann wird's besser gehen, aber nur nicht Stegreißbichten! Damit wird für die Weltgeschichte, für die Kunstgeschichte und das Volkswohl gar nichts geleistet!

Sie haben gesagt, die Volkswehr hat ihren Zweck erfüllt. Ja das stimmt, sie hat den Bauern Erdäpfel und Krauthappel gestohlen. Das stimmt, wenn das der Zweck ist, sie hat ihnen mitunter auch Kühle und Schweine gestohlen. (Rufe: Ungehört!) Das ist nicht unerhört, das haben sie mir draufzen selbst gesagt. (Zwischenrufe.) Ah, das waren die Kaiserlichen nach dem Umsturze, so, so. (Zwischenrufe). Die haben die Geschichte wenigstens mit Gewalt gemacht, aber die Volkswehr tat es heimlich. Ich weiß nicht, was besser ist. (Staatssekretär Dr. Deutsch: Herr Abgeordneter! Hätten Sie solche Fälle einfach angezeigt und man wäre der Sache nachgegangen! Mir ist von einem Diebstahl in einem solchen Umfange, wie Sie ihn andeuten, nie etwas bekannt geworden!) Natürlich, ich habe die Sache auch nicht so ernst genommen. Wenn mir so etwas gesagt wurde, so habe ich mir gedacht: mein Gott, was läßt sich da machen? Wir sind ja damals in einem rechtlosen Zustande gewesen. Aber dem Dank, den Sie ausgesprochen haben, können wir ländliche Abgeordnete uns nicht ganz anschließen. Es mag ja sein, daß in der Stadt die Geschichte ohne die Volkswehr vielleicht schief gegangen wäre, aber wir auf dem Lande draufzen haben der Volkswehr wenig zu danken.

Wenn ein Bürgerkrieg vermieden wurde und wir kein Blut vergossen hatten, so verdanken wir das nicht der Volkswehr, sondern unserem gemütlichen österreichischen Charakter. (Abgeordneter Witternigg: Eine schöne Idee!) Die Preußen draufzen haben ein viel disziplinierteres Heer als es unsere Volkswehr ist, und doch ist zu wiederholten Malen Blut geflossen. Bei uns ist kein Blut geflossen: Warum? Weil wir nicht gar so reizbarisch sind, Herr Abgeordneter Witternigg. Es ist so. Sie müssen die Volkspsychologie mit in die Be trachtung ziehen, sonst nützt Ihnen die ganze Be trachtung nichts. (Abgeordneter Forstner: Man merkt's, daß Sie aus der Provinz sind und die Wiener Verhältnisse nicht kennen!) Ich verlange es mir auch gar nicht. (Heiterkeit.) Mir ist es viel lieber, in der Provinz zu sein. (Abgeordneter Forstner: Dann sollten Sie aber über die Wiener Verhältnisse nicht so reden!) Ich spreche ja nur über die ländlichen Verhältnisse und sage, daß ich mit der Volkswehr etwas unangenehme Erfahrungen gehabt habe. Morgen, am Sebastianitag, wird es ein Jahr, da haben wir in Wieselburg eine Bauernversammlung gehabt, bei der so ungefähr 25 Volks-

wehrmänner waren. Daß sie unsere Versammlung gestört und gelärmpt haben, das macht nichts, das ist ja eine selbstverständliche Sache. (Ruf: Das tun Sie ja auch!) Nein, ich habe nie in einer Versammlung gelärmpt, weil ich mich vorher, bevor der Umsturz gekommen ist, nie in die Politik gemischt habe. Nun, aber danach hätten sie es schön gemacht! Da haben die Kampeln bei der Saaltür Spalier gemacht, ich hätte da durch müssen und da wollten sie mir den Buckel ein wenig schmieren. (Heiterkeit.) Aber ich habe mir gedacht: ich bin nicht der Herr Staatssekretär für Heerwesen (Heiterkeit), ich brauche das Spalier und diese ganze Ehre nicht (Erneuerte Heiterkeit) und bin beim Hintertür hinausgegangen. (Lebhafte Heiterkeit.) Die haben noch lange gewartet, wie ich schon darüber der Erlaf gewesen bin. Und dafür, Herr Staatssekretär bitte, wenn Sie einmal wieder der Volkswehr danken, so danken Sie ihr auch dafür, daß sie mich damals nicht erwischt hat. (Heiterkeit.)

Aber ich bin noch nicht am Ende. Früher war es schwer, Abgeordneter zu werden, aber leicht es zu sein. Der Stelzhamer, den ich eh' schon einmal im hohen Hause zitiert habe, der sagt:

"Simandl jein, is a lautener Spaß, aber Simandl werden, das macht einem haß."

Bei einem Abgeordneten war es früher auch so: Abgeordneter sein, war a lautener Spaß — heute ist es nicht mehr ganz so. Früher war es komod: man hat sich a wengerl wählen lassen, man hat ein wenig die andern zusammengeschimpft und sich zusammenchimpfen lassen und hat dann erhig hier im Haus gesumpft und seine Diäten genommen. Heute ist die Geschichte nicht mehr so. Heute kann es einem passieren, daß man von der Volkswehr gefangen genommen wird (Heiterkeit) und das ist mir passiert. (Ruf: Men hat Sie aber gleich wieder ausgelassen!) Ja. (Heiterkeit.)

Die Geschichte war so: Da hat es zwischen Bauern und Volkswehr im Erlauftal droben ein kleines Scharmützel gegeben und die Volkswehr ist ein wenig durchgeprügelt worden. Da ist sie mit Maschinengewehren ausgerückt und hat den Bürgermeister von Bielafeld gefangen genommen; auf dem Wege von dort hat ihnen ein Gendarm gesagt, daß das eigentlich doch nicht gesetzmäßig ist; da haben sie den auch gefangen genommen und haben beide im Lager in Wieselburg interniert. Der Bürgermeister ist über Einsprache eines Kollegen aus dem Landtag frei geworden. (Ruf: Wieder ein Hintertür!) Nein, da hat es keins gegeben. Wir haben aber dann natürlich auf den Bauerntag in Scheibbs auf diese Dinge ein bißl hingetupft, wie sich's halt gehört. Bitte, wenn man als Abgeordneter nicht reden darf, zu was ist man da? Nun, und da waren ein paar verkleidete Volkswehrmänner darunter, die haben die Sache hinunter telephoniert nach

Schauboden, und wie wir abends hinuntergezogen sind, da sind sie mit angeschlagenem Gewehr dagestanden und haben uns nicht durchgelassen. Heraus haben wir müssen aus der Butten, haben dem Soldatenrat in die Kanzlei folgen müssen und sind verhört worden, was wir gemacht haben. Nun, sie haben uns nichts gemacht, sonst stünde ich heute nicht da. Aber, meine Verehrten, haben in einem demokratischen Staat denn nur Sozialisten das Recht frei zu reden? Ist nicht der Abgeordnete Abgeordneter, ob er nun Arbeiter, Bauer oder Bürger ist? (Ruf: Aber die Geistlichen haben viel Butter am Kopf! — Zwischenrufe.) Hören Sie mir auf! Wenn Sie nicht mehr Butter am Kopf haben als ich, ist Ihnen nur zu gratulieren, denn Butter, mein Gott und Herr — meinen Sie, ich lasse sie droben, wenn ich sie oben hätte? (Lebhafte Heiterkeit.) Aber bitte, gehört sich das, daß man einen Abgeordneten herausfängt als wie eine Sau aus dem Stall? (Schallende Heiterkeit.) Dazu bin ich nicht Abgeordneter geworden und das werde ich der Volkswehr nicht vergessen. Das vergesse ich nicht, das ist eine Demütigung.

Das tut man nicht, ob es der oder der ist, und ich glaube, das werden auch Sie begreifen, daß ich gerechterweise über solche Dinge entrüstet bin (Zustimmung) und daß ich mich dem Danke nicht anschließen kann. Oder soll ich mich vielleicht auch dafür dem Danke anschließen? (Abgeordneter Hafner: Für solche einzelne Gefälligkeiten braucht man sich nicht zu bedanken!)

Präsident: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, wenn ich unterbreche. Ich bin dem Hause eine Rechtfertigung schuldig. Ich wäre selbstverständlich, da sowohl vom Herrn Redner wie von einem Zwischenrufser allgemeine Angriffe gegen einen ganzen Stand und gegen eine staatliche Institution erhoben wurden, dagegen einzuschreiten verpflichtet. Ich nehme aber an, daß sowohl die Angriffe des Zwischenrufers, des Herrn Abgeordneten Witternigg, gegen einen Stand, wie die Angriffe des Herrn Redners gegen die Volkswehr weder einem ganzen Stande noch einer staatlichen Institution gelten, sondern sich gegen Ausschreitungen einzelner Personen oder Gruppen richten. Nur in diesem Sinne kann ich diese Angriffe hier als noch zulässig erklären.

Abgeordneter Dr. Wagner (fortfahrend):

Ich war mir gar nicht bewußt, daß das Angriffe sind. Ich war mir nur bewußt, daß ich erzählt habe, was mir selbst passiert ist und schließlich ist jeder Mensch, der halbwegs Grüße hat, in der Lage, aus einzelnen Fällen sich mehr oder weniger eine Induktion zu machen. Wie es

mir passiert ist, so wird es auch anderen passiert sein. Angriffe sind mir gar nicht eingefallen und fallen mir auch gar nicht ein. Aber Missstände müssen besprochen werden, dazu sind wir doch eigentlich da.

Ich wünsche nun eben, daß die Geschichte in Zukunft besser wird und deswegen wünsche ich, daß mit den neuen Wehrgesetze wirklich etwas geleistet wird.

Ich bin auch einmal auf dem Standpunkt gestanden, daß wir überhaupt keine Wehrmacht in unserem Lande brauchen. Denn wenn man in den Städten die Polizei und bei uns auf dem Lande die Gendarmerie verstärkt — ich weiß schon, daß dies die Franzosen nicht gestatten, aber dies könnte vielleicht auf einem Umweg gehen, wenn wir sagen, wir verzichten auf die Wehrmacht und gründen uns eine größere Gendarmerie — und wenn sich jedes Dorf seinen handfesten Nachtwächter hält, braucht man keine weitere Sicherung. Heute stehe ich nicht mehr auf diesem Standpunkt, weil man nicht weiß, ob wir nicht tatlos zuschauen müßten, wenn sich um uns her Kriege oder Zwistigkeiten entspinnen, und es war auch meine Überzeugung, was Sie gesagt haben, Herr Staatssekretär, wenn sich zwischen der Tschecho-Slowakei und Ungarn etwas entspinnnt, wird das auf dem Marchfeld ausgefochten, weil das ein bequemer Schlachtplatz ist und es den Beteiligten billiger kommt, wenn sie auf fremdem Boden rausen. Es ist selbstverständlich, beim Rausen schlägt man nicht gerne die Sachen in der eigenen Wohnung zusammen, sondern im Wirtshaus oder sonstwo. (Heiterkeit.)

Wenn aber eine Wehrmacht, dann allerdings nicht Drill, sondern Disziplin. Der Drill ist eigentlich nichts anderes, als die geistlos gewordene Disziplin. Solange das Ding Geist hat, ist es Disziplin und Disziplin muß sein, sonst ist es eine Räuberbande und die zu bezahlen und zu erhalten, kann unbedingt nicht unsere Aufgabe sein.

Sie haben auch davon gesprochen, daß Sie die Volkswehrmänner, die Söldner, landwirtschaftlich erziehen wollen.

Nun, gewerbliche Erziehung, daß die möglich ist, gebe ich zu, aber eine landwirtschaftliche Erziehung, wie Sie das machen, ohne daß Sie bei der Kaiser einen Grundkomplex haben, das weiß ich allerdings nicht, denn eine landwirtschaftliche Erziehung ohne die Praxis und die praktische Arbeit kann ich mir nicht recht vorstellen.

An dem Entwurfe selbst ist mir auch aufgefallen, was der Herr Kollege Schürff hervorgehoben hat, daß zuerst die Ordnung im Innern und dann erst der Grenzschutz betont wird. Da wäre also die Ordnung im Innern bei uns offenbar viel unsicherer als der Schutz der Grenzen. Aufgefallen ist mir auch, daß kein militärischer Ober-

befehlshaber ist. Nun, mir ist es ja schließlich alles-eins, ob Sie als Zivil oder als Militär einmal auf einer großen Retraude flüchten müssen. (*Heiterkeit.*) Nur, wissen Sie, gibt es ein komisches Bild, wenn Sie recht rennen und Ihre Rockhöfe wackeln. (*Zwischenrufe.*) Das weiß man nicht, es kann halt auch noch so weit tragen und dann vertragen, das wissen wir alle miteinander nicht. Übrigens, 30.000 Mann, da würde sich nicht viel ausrichten lassen. Und Sie verzeihen die Rezerei, wenn ich sage, bei 30.000 Mann ist ein Staatssekretär für Heerwesen eigentlich überflüssig, denn wenn man für je 30.000 Menschen in Österreich einen Staatssekretär brauchte, das käme uns schön teuer (*Heiterkeit*) und es käme dabei doch nichts Gescheites heraus. (*Heiterkeit.*) —

Abgeordneter Hafner: Wie viele vertritt denn der Miklas?) Der ist nicht nur für uns da. (*Abgeordneter Winternigg: Sondern?*) Ich glaube, er ist auch für die Katholiken da. (*Abgeordneter Hafner:* Der Staatssekretär für Heerwesen ist auch für die gesamte Bevölkerung da!) Stimmt. Nur meine ich halt, für 30.000 Männer, da täte es ein Unterstaatssekretär. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Nun die Soldatenräte! Meine sehr Verehrten, die haben wir halt alle miteinander so viel gern und wir haben Grund, sie zu lieben, die Soldatenräte. Es ist ja richtig, der Name tut es nicht, die Sache liegt im Begriff. Aber es muß doch getrachtet werden, daß der Begriff gut umschrieben wird und daß die Befugnisse der Soldatenräte schärfer umrisSEN werden, als dies jetzt der Fall war, sonst ist es unmöglich, daß die Armee volksfreundlich wird und daß sie volkstümlich wird. Und schließlich, wenn schon eine Armee da ist, dann muß sie doch volksfreundlich und volkstümlich sein. (*Abgeordneter Forstner: Sie ist es ja jetzt!*) Wissen Sie, wir Bauern gehören auch sozusagen zum Volke, aber wir haben von der Freundschaft der Volkswehr noch nicht viel gespürt im allgemeinen. (*Zwischenrufe.*) Ich sage volkstümlich und unter Volk verstehe ich eben die gesamte Bevölkerung, die Bauern, Bürger und Arbeiter. (*Abgeordneter Forstner: Wenn nur die Bauern zu uns Städtern ein bisschen freundlicher wären!*) Das sind sie ohnehin, aber nur sind natürlich die Städter gegen die Bauern noch freundlicher. (*Abgeordneter Forstner: Sie sind so freundlich, daß sie ihnen alles Gold hinaustragen und die Bauern geben dafür nichts her!*) Weil sie nicht mehr so viel haben. Nun, durch den Herrn Abgeordneten Forstner käme ich eigentlich vom Thema und da würde mich der Herr Präsident gleich wieder putzen.

Ich wünsche, daß Ihnen dieser Entwurf mit unserer Hilfe diesmal besser gerät als die erste Gelegenheitsdichtung oder, wie Sie sagen, Improvisation, und daß zum Heile des ganzen Volkes

und zum Heile Deutschösterreichs etwas Ordentliches herankommt, wenn auch nichts Großes. Aber das, was geschaffen werden wird, soll solid sein und soll so sein, daß es nicht nur eine Partei sondern die gesamte Bevölkerung befriedigt. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Zu einem formalen Antrage hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Forstner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Forstner: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident: Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte jene Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Der Antrag ist angenommen.

Kontra gemeldet ist nur mehr ein Redner, der Herr Abgeordneter Stricker.

Pro gemeldet sind die Herren Abgeordneten: Abram, Bauer, Forstner, Geßl, Hohenberg, Freindlich, Weber, Mühlberger, Smitka, Wiedenhofer.

Ich bitte jene Abgeordneten, die sich pro gemeldet haben, sich auf einen Generalredner zu einigen. (*Rufe: Abram!*) Erfährt das einen Widerspruch? (*Nach einer Pause:*) Der Vorschlag erfährt keinen Widerspruch und es ist daher der Herr Abgeordnete Abram zum Generalredner pro gewählt. Auf der Kontraseite ist nur mehr ein Redner vorgemerkt. Nachdem der letzte Redner ein Proredner war, kommt der Generalredner kontra Herr Abgeordneter Stricker zum Wort.

Abgeordneter Stricker: Hohes Haus! Der Friedensvertrag gestattet der Republik Österreich die Aufstellung einer Wehrmacht in der Stärke von 30.000 Mann. Er erlaubt sie ihr, aber er gebietet sie ihr nicht. Ich mache diese scheinbar überflüssige Bemerkung deswegen, weil man bei der schier grenzenlosen Unkenntnis, welche in der Bevölkerung bezüglich des Inhaltes des Friedensvertrages herrscht, vielfach der Ansicht begegnet, daß wir durch den Friedensvertrag verpflichtet seien, eine Armee aufzustellen. Mir ist das im Verkehr mit sogenannten Intellektuellen passiert, ich muß aber auch konstatieren, daß gewisse Ansicherungen, die in diesem Hause in der Debatte gefallen sind, in der Bevölkerung auch den Anschein erregen müssen, als ob wir uns mit Aufstellung der Wehrmacht einer uns auferlegten Pflicht entledigen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Regierung und insbesondere den Herrn Unterstaatssekretär für Unterricht bitten, diesem skandalösen Zustand der Unwissenheit

ein Ende zu bereiten. Wenn man unserer Jugend die Jahreszahlen der Kreuzzüge und der Punischen Kriege eindrillt, wenn man sie zwingt, sich mit dem Spanischen Erbfolgestreit und mit dem Kampf der Weißen und Roten Rose in England zu befassen, dann ist es auch angebracht, wenn man in einer leicht fasslichen Form die Bevölkerung und die Jugend mit einem Dokument vertraut machen würde, das den größten aller Kriege abgeschlossen hat und dessen Inhalt für unser Leben und unsere Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten bestimmend sein wird.

Also wir sind nicht gezwungen, eine Armee aufzustellen. Statt uns nun dieser kostlichen Zwangslösigkeit zu freuen, statt sie voll auszukosten, statt uns des Umstandes, daß man uns endgültig vom Fluchte des Militarismus befreit hat, zu freuen, beeilt sich die Regierung und was mich am sonderbarsten berührt, beeilt sich der sozialdemokratische Staatssekretär, eine Wehrvorlage auf den Tisch des Hauses zu legen. Ich frage: hat die Regierung unter dem Zwange der Notwendigkeit gehandelt, hat sie aus dem Bedürfnis des Volkes herausgehandelt? Nein! Und wenn der Herr Staatssekretär und alle Berichterstatter hundertmal sagen werden: Ja! so sagen sie, allerdings unter dem Zwange einer fixen Idee, die Unwahrheit.

Entstanden ist dieser Entwurf aus dem gegenseitigen Misstrauen der Parteien und Klassen. Das können Sie aus der Diskussion über diese Wehrvorlage drausen in den Versammlungen, in den Zeitungen und auch hier in diesem Hause entnehmen.

• Bitte, meine Damen und Herren, es wird rießig viel darüber gesprochen, wie die Wehrmacht sein soll und wie sie nicht sein soll. Die einen behaupten, sie darf nicht sozialistisch sein, und die anderen sagen, sie darf nicht kapitalistisch sein. Aber über die gewiß nicht unwichtige Frage, ob sie überhaupt sein muß, darüber unterhält man sich nicht. Ich betrachte, noch einmal gesagt, diese Wehrvorlage nicht als das Kind der Notwendigkeit, sondern als einen Wechselbalg, den das Parteiengänze und die Demagogie vielleicht gegen den Willen der Beteiligten hervorgebracht hat. Mich interessiert dann die Frage weiter nicht, ob der Wechselbalg rot oder weiß angestrichen wird; das ist mir ganz gleichgültig.

Was ist der Zweck einer Wehrmacht? Der Zweck einer Wehrmacht ist, durch Gewalt Angriffe von außen abzuwehren oder mit Gewalt anderen Staaten Gebiete, Bewohner, Rechte und Vermögen abzunehmen. Nun, ich glaube, so unvernünftig wird kein Mensch in Österreich mehr sein, daß er glauben könnte, das Schicksal dieses armeligen, schwachen Gebildes könnte noch auf der Gewalt in irgend einer Form aufgebaut werden.

Der Friedensvertrag verbietet es nun, eine wirklich funktionierende Armee aufzustellen. Man hat

uns als Geschenk die Freiheit gegeben, 30.000 Söldner zusammenzuscharen und sie mit Vogelflinten zu bewaffnen. Eine solche Armee wird nie die geringste Garantie gegen äußere Angriffe bieten; denn, ich bitte die Herren, welche von Verwicklungen mit den Nachbarstaaten gesprochen haben, gefälligst sich daran zu erinnern, daß man diesen Nachbarstaaten allerdings erlaubt hat, ganz ausgerüstete Volksheere aufzustellen. Ich würde es daher für das Richtige halten, speziell dieses Geschenk der Söldnerarmee der Entente hohnlachend vor die Füße zu werfen. Unser bester Schutz ist die strikte, ehrliche und waffenlose Neutralität. Je waffenloser wir sind, desto stärker sind wir. Das mag Ihnen paradox klingen; aber wir haben doch diesen Krieg nicht umsonst mitgemacht. Erinnern Sie sich doch an das Schicksal Belgiens. Belgien hatte zur Wahrung seiner Neutralität eine widerstandsunfähige Armee die ganze Zeit bestehen gehabt, und wir können heute ruhig sagen: hätte Belgien gar keine Armee gehabt, es wäre besser gefahren. Es hätte schließlich doch Recht behalten und hätte nicht den Bestand einer unsfähigen Armee mit tausenden Opfern und mit dem Verlust seiner großen Städte gebüßt. Also darüber müssen wir uns klar sein. Was wir als Armee aufstellen können, ist höchstens die Karikatur einer Armee, die in ihrer Schwäche die anderen nur reizen kann.

Bleibt die Bestimmung einer Armee als Schutz gegen die Unsicherheit im Innern: denn von einer anderen Bestimmung der Armee, die vielleicht auch etwas in Frage kommt, will ich hier nicht lange sprechen. Es gibt ja rechts und links Spekulanten auf eine Armee. Es gibt reaktionäre Spekulanten, und es gibt bolschewistische Spekulanten. Ich nehme diesen beiden Spekulanten gegenüber den Standpunkt ein, daß ich ihnen zuruhe: den einen: es wird auch in Zukunft nie mehr gelingen, die Diktatur eurer Klasse aufrecht zu erhalten! Es wird dies aber auch den anderen mit den umgedrehten Kanonen, mit dem umgedrehten Militarismus nicht gelingen. Ich sehe zwischen Bolschewismus und Militarismus nur den Unterschied, daß der Militarismus mit gekauften Kanonen nach links geschossen hat und daß der Bolschewismus mit gestohlenen Kanonen nach rechts schießt; einen anderen Unterschied sehe ich nicht. (Heiterkeit.) Ich sehe nichts Schöpferisches in diesen Bewegungen.

Von diesem Element will ich nicht sprechen. Ich will darauf zurückkommen, daß tatsächlich in uns die Meinung entstehen könnte, daß wir zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern die Aufstellung eines Söldnerheeres brauchen. Ich finde es sonderbar, wenn in einer freien demokratischen Republik die erste Sorge die sein soll, wie wir uns selbst denjenigen schaffen, der uns im Zaume hält, den Kettenhund, den wir gelegentlich gegen uns

loslassen wollen. Ich denke mir, zur Erhaltung der Ordnung genügt vollkommen der Ausbau der Polizei und der Gendarmerie. Aber ich bitte, Polizei und Gendarmerie nicht in den überlebten Begriffen zu nehmen. Ich erachte es für unzweckmäßig, 30.000 Menschen mit der Bestimmung anzuwerben, daß sie ihr ganzes Leben herumlungern verbringen sollen, nur für den einen Moment gerüstet, daß in diesem Staate eine Unruhe losbricht. Denn die Versicherungen des Herrn Staatssekretärs, daß dieses Söldnerheer wirtschaftlich und kulturell eine Erziehung erfahren wird, daß nachher aus diesen Kasernen Menschen herauskommen werden, um die sich die Wirtschaft und die Wissenschaft reißen werden, bezweifle ich. Ich warne die Herren vor dem neuen Experiment, ausgerechnet in den Kasernen erziehen zu wollen. Erziehen Sie doch lieber in den Schulen! Nehmen Sie mir die Kosten! Ich übergehe die Ziffer, die hier genannt wurde. Mein gesunder Menschenverstand sagt mir, einen Mann heute anzuziehen, heute zu versorgen, und der ganze Apparat, der an diesem neuen Militarismus drin und dran sein wird, kostet mindestens 100 K täglich. Wenn ich das sage, dann nehme ich einen Durchschnitt zwischen dem obersten und untersten und Sie werden sagen müssen, das ist keine übertriebene Ziffer. Ich würde auch jedem abraten, eine geringere Ziffer anzunehmen. Das macht pro Tag 3 Millionen, das heißt im Jahre über $1\frac{1}{4}$ Milliarden, also mehr, als die ganze Vermögensabgabe im Jahre tragen wird. Das werden wir für diese Erziehung in den Kasernen aufwenden müssen. Ich glaube, für den fünften Teil kann man die Staatsbürger viel besser in Schulen und in Werkstätten erziehen.

Dann bitte ich, sich auch bezüglich des Materials, daß Sie da bekommen werden, gar keinen Illusionen hinzugeben. Es wäre sehr traurig, wenn das gute Element in der Bevölkerung sich diesem Berufe zuwenden würde. Sie werden Menschen bekommen, die entweder im Kampfe um das Dasein Schiffbruch erlitten haben oder solche, die zu indolent sind, diesen Kampf aufzunehmen. Ich scheidet nur eine Kategorie aus, das sind die früheren Berufsmilitärs, die mir tatsächlich Leid tun, die aus ihrer Existenz hinausgeworfen wurden und die diese Gelegenheit werden benutzen wollen, um sich ihr Brot zu verdienen. Da wurde auch schon gesagt: Ja, um Gotteswillen, versorgen wir doch lieber die Leute, für diesen Zweck kann man doch keine neue Armee gründen. Außerdem wurde hier erklärt, daß diese neue Armee nur den allerkleinsten Teil dieser Betroffenen wird eine Existenz geben müssen. Sie werden daher nicht das vorzüglichste Menschenmaterial aus unserer Republik bekommen. Dann bitte ich zu bedenken, was aus diesen Menschen gemacht werden wird. Der bestveranlagte Mensch verträgt es nicht, sechs oder zehn Jahre nichts zu tun, das heißt nur

darauf zu warten, ob er einmal in den Straßen aufmarschiieren muß.

Es wurde uns auch gesagt, die Armee soll gewisse Rettungsarbeiten übernehmen. Ja, unter diesen Rettungsarbeiten fällt mir auch ein: Man sieht so oft die Feuerwehr ausrücken, wenn ein Kanarienvogel weggeflogen ist und auf einem Geimse sitzt. Für solche Rettungsarbeiten sollen wir eine Armee halten? Ich glaube, diese Sachen kann man besser mit der Feuerwehr und mit Turnern allein besorgen als mit einer kompletten Armee. Es ist wirklich schwer, angeichts dieses Argumentes ernst zu bleiben. Sagen wir es doch gerade heraus, machen wir uns keine Illusionen! Was würde bei dieser Armee heraussehen? Ich wundere mich, daß die Sozialdemokratie diese Sache mitmacht. Es wird da ein neuer Militarismus erzeugt, ganz bestimmt. Ich gebe Ihnen die Versicherung: 30.000 Menschen, die den ganzen Tag herumlungern und die das Gefühl haben, nicht produktiv zu arbeiten, müssen darauf verfallen, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und innerhalb dieser Kaste wird sich etwas entwickeln, was man dann eben einen neuen Militarismus nennen wird. Diese Kaste wird bestimmte Abschamungen, ja sie wird so wie die alte Kaste bestimmte Ehrebegriffe entwickeln und auf einmal werden wir wieder das haben, von dem wir froh sein sollten, das es uns endlich abgenommen wurde.

Auf die Frage zurückkommend, wie sollen wir für die Sicherheit, für die Ordnung im Staate sorgen, erkläre ich nochmals: durch die Ausgestaltung der Polizei und Gendarmerie. Man wird mir darauf antworten: Ja, dann werden wir ebensoviel Polizisten und Gendarmen haben, die dann auch auf den Zeitpunkt der Unruhen untätig warten müssen, wie eben eine Armee.

Ich habe schon vorher gesagt, wir sollen eben Polizei und Gendarmerie nicht in dem alten, engen Sinne auffassen. Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß der Polizei und Gendarmerie in normalen Zeiten große Aufgaben übertragen werden, die sie zu vollführen hat, daß ihre Organe in sanitätspolizeilicher Hinsicht, im Dienste der Fürsorge, im Dienste der Marktpolizei, kurz und gut überall im mittleren und niederen Inspektions- und Kontrolldienst verwendet werden und daß man dann im Falle des Bedarfes sie eben zusammenzieht und vermendet. Wenn Sie sich das vor Augen halten, allerdings ist es notwendig, daß man sich wirklich von dem alten Begriff des Polizisten und Gendarmen völlig emanzipiert, daß man sich vorstellt, daß bei einer derartigen Sicherheitswehr tatsächlich intelligente, durchgebildete Leute tätig sind, dann werden Sie mir zugeben müssen, daß das eine Lösung wäre. Ich hoffe, daß im Verlaufe der Debatte, welche noch über die Wehrvorlage abgeführt werden wird, auch diese Stimme der Ver-

nunst zu Gehör kommt. Eines befürchte ich sehr für die allernächste Zukunft. Ich halte eine wirkliche Einigung von rechts und links über die Organisation einer Volksarmee für ausgeschlossen. Immer wird diese Armee entweder den Rechten oder den Linken passen, zufrieden werden beide nie damit sein. Sie wird einen ewigen Bankaspel bilden und sie wird das Gegenteil von dem bewirken, was Sie wünschen, nämlich die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Republik. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Generalredner pro Abgeordneter Abram.

Abgeordneter Abram: Sehr geehrte Frauen und Herren! Sie erlauben mir als Generalredner, mich gleich mit den Ausführungen der letzten Redner zu beschäftigen und dann einiges Grundsätzliche zur vorliegenden Vorlage zu sagen. Mit dem allerletzten Redner mich länger zu beschäftigen werden Sie nicht verlangen; seine Ausführungen waren zu seicht; wenn ich mich der Sprache des Jargons bedienen würde, müßte ich sagen: Die Schmonzes vom Kanarienvogel und der Armee kann niemand in diesem Hause ernst nehmen. (Zwischenruf des Abgeordneten Stricker.) Was aber der Herr Abgeordnete Wagner gesagt hat, das hat mich aus seinem Munde und weil er ein Geistlicher ist, einigermaßen überrascht. Geehrter Herr Kollege! Ich bin im Gegensatz zu Ihnen und aus genauer Kenntnis der Dienste, die die Volkswehr diesem Staate und Ihnen, der besitzenden Klasse mehr als dem Proletariat geleistet hat, anderer Meinung. Als die Front zusammengebrochen war und die Generale, insbesondere die Mitglieder des Habsburgerhauses, mit ihren Märtressen, Schoßhunden, Käffen, gestohlenen und gekauften Juwelen in ihren Automobilen voraus aus Südtirol zurücksluteten, da haben sie alle ihre Heeresmassen allein gelassen. Und wenn Sie die Innsbrucker Zeitungen nachlesen, so finden Sie in der Angst geschrieben: Raubend, sengend, brennend wälzt sich ein zügelloser Heerhaufen über den Brenner gegen das Fintal und die Bevölkerung und die Arbeiterklasse der Stadt Innsbruck wurde gebeten, sofort eine Volkswehr zu bilden, damit dieser großen Gefahr entgegengewirkt werden könne. Und die vielgeschmähten Arbeiterräte, die im Laufe des Krieges durch organisatorische Arbeiten in der Aprovisionierung das Leben der Massen ermöglichten, waren es, an die sich die gewesenen Gewalten wandten, sie mögen eintreten und durch Bereitstellung von Mengen Brot, Suppe und Gulasch nebst der Aufrechterhaltung der Ordnung es verhindern, daß die Leute zügellos werden müssen. Da war es die Volkswehr, die in Tirol diese furchtbare Katastrophe, die auf den Plakaten geschildert wurde, hintangehalten hat. Und

in Wien sind wiederholt im Staatsrat während der ganzen Periode bürgerliche Kollegen zu uns gekommen und haben erklärt: Meine Herren! Gehen Sie in jene Kaserne, gehen Sie ins Kriegsministerium, gehen Sie in jenes große Versammlungslokal und versuchen Sie die Leute zu bestimmen, daß sich die Auflösung ordnungsgemäß vollziehen kann. Da wurden wir geholt und in den großen Versammlungen waren wir es, die mit dem Aufgebot aller Kräfte — selbst derjenige, der stimmlich und rednerisch eine Versammlung zu beherrschen imstande war, konnte es nur mit großer Mühe — für die Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt haben. (Zustimmung.)

Sonst wäre es wohl so gekommen, wie man es allseits vermutet hätte, daß nämlich diese Soldaten, die man jahrelang an der Front geschunden und ausgehungert, die man auf das Unmenschlichste behandelt hat, in einem Anfall von Wit und Rache für alle die umsonst gebrachten Opfer mit einer verheerenden Kraft über Sie und ihr Besitztum hergesessen wären. Der Volkswehr gebührt bedingungsloser Dank und Sie sollten der Volkswehr und den Arbeiterräten für die glatte Abwicklung der Dinge danken. (Lebhafter Beifall.) Und was die Kleinigkeiten anbelangt, die da und dort vorkamen: Erlauben Sie, Herr Abgeordneter Wagner, in Rovereto stand bis zum Zusammenbruch nie ein italienischer Soldat und dort in Rovereto haben Sie nichts mehr gefunden, was einem Tischtuch, was einem Seidenvorhang, was einem Klavier, Kasten oder sonst einem Wertgegenstand gleichgesehen hat — das alles müßte im Auftrage der höheren Offiziere für sie, nicht selten für ihre Belustigungen gestohlen werden. (Zustimmung.) Wenn da und dort die Verpflegung nicht geklappt hat und wenn es wirklich vorkam, daß ein Volkswehrkommando, eine kleinere Gruppe irgendwo in ihrer Not an Essen zur Selbsthilfe griff und da und dort ein Spanferkel oder einen Sack Kartoffel ohne Bescheinigung und Bezahlung genommen hat — ich kann die Fälle nicht untersuchen, sie wurden auch nicht nach Ort, Zeit und Umständen bekanntgegeben, sondern sie wurden aus dem Stegreif hier behauptet —, der Herr Abgeordnete Wagner hat sich darauf berufen, daß er ein Stegreifdichter gewesen ist und ich habe mir bei seiner Rede gedacht, Sie sind es noch, weil Sie nicht nachgewiesen haben, wo angeblich diese Dinge sich ereignet haben —, aber sollten Sie sich ereignet haben, was ist das dagegen, was die Volkswehrleute in der Aufrechterhaltung der Ordnung geleistet haben! (Lebhafter Beifall.) Ich habe ein tiefempfundenes Bedürfnis zu sagen, daß es eine Schmach und grober Undank Ihrerseits ist, wenn Sie gegen die Volkswehr auftreten und ich habe ein tiefes Bedürfnis, hier von der Tribüne des Hauses zu sagen: Volkswehrleute habt Dank

für euren Mut, für eure Einsicht, für eure Tatkraft, die es uns ermöglicht hat, daß wir ordnungsgemäß den Staat übernommen haben. (Lebhafter Beifall.)

Ich komme zum Herrn Abgeordneten Friedmann. Die Volkswehr, die Arbeiterräte haben nicht den Ehrgeiz, sich die Zustimmung eines Vertreters großkapitalistischer Kreise zu erwerben (lebhafter Beifall) und sie werden sie nie erwerben und nie erwerben können.

Wenn aber der Herr Kollege Friedmann mit dem letzten Redner vor mir derselben Meinung war, daß wir überhaupt keine Armee brauchten, so muß man ihn auf die Tatsache verweisen, daß das historische Marchfeld an und für sich ein großer Anreiz dafür ist, daß die Differenzen, die sich eventuell zwischen Tschechen und Ungarn ergeben können, auf diesem Gebiet ausgeschlagen werden. Und da entsteht die Frage: Ist die Volkswehr in der Lage und wird die kommende Armee in der Lage sein, hier etwas zu leisten? Da muß ich dem Herrn Abgeordneten Größbauer sagen: Grober Undank, was Sie von Kärnten sagen. Die Vertreter der bestehenden Klassen, die in den Jungschützenvereinen den Mund voll genommen haben, sind davon gelassen zu ihren vollen Geldkästen, zu ihren vollen Schmalztöpfen und zu ihren Fleischvorräten. Geblieben sind die Proletarier an der Front, die dort verwundet worden sind. (Lebhafter Beifall.) Und ein gleiches wird auch sein, wenn sich der Kampf entwickelt.

Ich bin überzeugt, daß kein Vorwurf in der Abwehr unsre Armee wird treffen können. Und daß wir es notwendig haben, auch gegen außen eine Abwehrmöglichkeit zu schaffen, ist selbstverständlich.

Wenn wir auch durch die Politik der herrschenden Klassen, der Habsburger und Hohenzollern, wenn das deutsche Volk in eine miserable Lage geraten ist, wenn wir uns vieles werden lassen müssen, das eine werden wir uns nicht nehmen lassen, daß auch die Gegner unseres Staates, unsere Anrainer die Grenzen dieses Staates, wie sie der Friedensvertrag festsetzt, respektieren werden müssen, respektieren werden müssen an der Mauer dieser von Ihnen a conto geschmähten Armee.

Und daß wir die kommende Armee auch noch für den inneren Dienst brauchen, das scheint uns selbstverständlich. Wenn sich die Herren Bürgerlichen wirklich darüber wundern, daß gleich in der Einleitung des Gesetzes vom Schutze der Republik gesprochen wird, so wundern sich die Massen der Leidenden und Darbenden, die Massen der Kriegsopfer, die keine schuldengetilgten Fabriken, keine schuldenfreien Bauernhöfe haben, die nur die Not ererbt haben, die furchtbare Not, so wundern sich die Kriegswitwen und Kriegswaisen nicht, wenn wir eine Armee brauchen, die diese neue Republik schützt

in der nie mehr dieser monarchistische Geist, der militärische Geist im alten Sinne obenauf kommen darf. (Beifall.)

Ich bin der Überzeugung, wenn die Frage sich einmal so entwickelt, ob es jemand wagen sollte, diese Republik anzutasten, so dürfen wir uns darauf verlassen, daß die Armee verstehen wird, was im ersten Punkte des Gesetzes steht, daß es ihre Aufgabe ist, auch die Republik zu verteidigen.

Am meisten hat mich gewundert, daß im Chorus der Schmäher, allerdings milder als die andern, auch der Herr Abgeordnete Dr. Mataja zu finden war. Bei der hohen Intelligenz des Herrn Kollegen glaube ich, daß er persönlich von der Nützlichkeit der geleisteten Arbeit der Volkswehr sowie der Arbeiter- und Soldatenräte überzeugt ist. Er ist hier der Gefangene seiner Parteimeinung und wahrscheinlich beauftragt gewesen, die Sache so darzustellen, aber wenn er die ganze Sachlage überlegt, wie dieses hungrige Wien lebt und ruhig lebt, wenn man so schaut, wie die armen Frauen und Kinder ihre letzten Zehen Kleider und ihr letztes Schuhwerk verbrauchen, um ein Stück Holz aus den benachbarten Wäldern zu holen, wenn man bedenkt, daß sie wochenlang ohne Kartoffeln leben, in ungeheizten Räumen hausen und trotzdem diese Stadt Wien Ruhe bewahrt, so ist das nur möglich, weil die Arbeiter- und Soldatenräte den Leuten sagen: Und wenn Euer Ingrimm noch so groß ist, und wenn lodernder Haß gegen die Verursacher der Not Euch erfüllt, mit Gewaltanwendung könnt Ihr die Not nicht beseitigen, wir müssen organisatorisch und politisch ein Machtfaktor im Staate werden, um die Sache wenigstens in Zukunft zu ändern! Wenn Sie das überlegen, müssen Sie endlich diese Redensart der Schmähung der Volkswehr sowie der Arbeiter- und Soldatenräte endgültig ablegen. (Sehr richtig.)

Um meisten Verwunderung aber habe ich immer, wenn ein Großdeutscher das Wort nimmt. Ich bedaure, daß der Herr Kollege Dr. Schürff nicht mehr da ist. Wir Deutschösterreicher sind arm geworden, bettelarm, und jeder von uns, der selbst eine zahlreiche Familie sein eigen nennt, hat bei tieferem Zusehen in unsere ökonomischen Daseinsbedingungen wenig Hoffnung, daß die Zustände, sich sehr bald und günstiger ändern werden.

Und da hätten wir nun eben alles zu tun, um mit größten Ernstes dafür zu arbeiten, daß dieser kleine Rumpfstaat, wie ihn jener Mann uns ausnotigte, dessen Macht in den letzten Tagen gemindert wurde, halbwegs versucht, sein Dasein zu fundieren. Ich gehöre zu denjenigen, die bedingungslos für den Anschluß an Deutschland sind, weil ich nicht glauben kann, daß dieser Staat sich zu erheben vermag, aber den Versuch müssen wir doch machen, aus dem Fatalismus, der so weite Kreise in diesem

Staat beherrscht, zu geordneter Tätigkeit in geschäftlicher und ökonomischer Beziehung herauszukommen.

Da muß es schon erlaubt sein, den Großdeutschen zu sagen, die Anpassung an die reichs-deutsche Gesetzgebung in militärischer Beziehung, sowie in verfassungsrechtlicher Beziehung wäre eine sehr dringliche Notwendigkeit und an Stelle der kleinlichen Kritik, meine Herren Großdeutschen, erlaube ich mir die Bitte an Sie: Seien Sie endlich größere Deutsche, als Sie es bisher gewesen, denn was wir bisher von Ihnen Bänken gesehen haben, sah nicht danach aus, als ob Sie aus den Ge-schehnissen des letzten Jahrzehnts und aus den Ergebnissen des letzten Krieges irgend etwas gelernt oder das Gelernte in die Tat umsetzen wollen. Aber, kleinlicher Haß gegen die Arbeiterschaft, das ist das leitende Motiv, das wir bei Ihnen bemerken. (Abgeordneter Dr. Schönauer: Das ist gar nicht wahr!) Es ist ja tief bedauerlich, daß auch Leute, die selbst nicht zu den großfinanziellen oder großindustriellen Kreisen gehören, sich zum Sprachrohr der Großindustriellen und der Großfinanziellen machen. (Zwischenruf.) Die ganze Heze gegen die Arbeiterschaft, gegen die Arbeiterräte, läuft in letzter Linie doch darauf hinaus, daß Sie sich nicht zu orientieren vermögen und Ihr leitendes Motiv von der Vergangenheit in der Politik der Haß gegen die Arbeiterschaft ist. Meine Herren, das können Sie sich bald abgewöhnen; unsere Krone steht auf zwei Centimes. Wenn jemand noch belehrbar ist, so muß er in der Gegenwart über die Wertlosigkeit der Feinen Papier belehrt und überzeugt worden sein. Wenn jemand jetzt in der Gegenwart begreifen lernen will, daß die Arbeit das erste ist, so muß doch der Arbeiterhaß endlich verschwinden und Sie müssen das Recht des Arbeiters anerkennen; und Sie sollten erst ablehnen die Diener jener Leute zu sein die mit dem Militarismus glänzende Geschäfte gemacht haben, Sie sollten aufhören die Vertreter jener Kapitalisten zu sein, die ihre Kriegsgewinne, ihr Vermögen in die Schweiz verschleppten und die noch den Mut haben über die Arbeiter schmähen, Sie sollten klugerweise versuchen, mit der Arbeiterschaft, mit der Sozialdemokratie wenigstens politisch zu einer Basis zu gelangen, auf der man verhandeln kann. (Abgeordneter Wutte: Das ist doch nicht dasselbe, Sozialdemokratie und Arbeiterschaft!) Das ist dasselbe. Was Anspruch erhebt, fähig zu sein in der Arbeiterschaft, gehört zu der roten Fahne der Sozialdemokratie. Darüber ist kein Zweifel. (Zwischenrufe.)

Eines der interessantesten Momente, die Dr. Schürff vorgebracht hat, war auch die Angst vor der Republik. Meine Herren, das „Hip hip

Hurra“ und „Es ist erreicht“, der Schnoderwitz der preußischen Junker und der preußischen Großkapitalisten hat das deutsche Volk in der Welt isoliert, hat es mit einer Mauer von Feinden umgeben. Es wäre schon auch an der Zeit, daß Sie Abschied nehmen von der freiwilligen Knechtschaft, die Sie dieser Klasse bisher immer gemacht haben und die Sie fortzumachen im Bilde sind. Die Angst vor der Republik, das ist etwas, was ganz gegen das Interesse des deutschen Volkes in Österreich gerichtet ist. Dieses deutsche Volk wird sich nur aufrichten, wenn es eine sozial orientierte Republik schafft, wenn es in dieser und durch diese die Freundschaft des internationalen Proletariats erwirkt und den Haß in den Staaten der Gegner abbauen in der Lage ist. Wenn es nach dem Willen der Groß-Bourgeoisie von Frankreich, von England geht, dann sollte alles getan werden, um das deutsche Volk auch nach diesem Kriege im Wirtschaftskriege noch vollständig zugrunde zu richten. Wir haben keine Aussicht auf Erbarmen bei den Großkapitalisten der anderen Staaten. Aber — ich habe mich selbst in einem Teile des Auslandes überzeugt — wir haben Aussicht, verstanden zu werden beim internationalen Proletariat, wenn wir eine Republik haben, demokratisch durch und durch, sozial orientiert durch und durch, ein kleiner Staat, in dem die Arbeit, die ehrliche Arbeit, am allerhöchsten respektiert werden wird. (Bravo!) Gehet Sie von Ihrer kleinlichen Nörgelei, die nicht großdeutsch ist, die kleinlich ist, über zu einer Politik, die Großes will und Großes schafft, soweit es in dem Rahmen dieses Staates möglich ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Damit ist die erste Lesung dieser Gesetzesvorlage der Regierung abgeschlossen. Ein Antrag wurde nicht gestellt, ich werde daher im Sinne des § 35 der Geschäftsordnung diese Gesetzesvorlage dem Ausschuß für Heerwesen zuweisen.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Das Ausschüßmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Schönsteiner als Erstvorsitzender im Ausschuß für Heerwesen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, werde ich die erforderliche Erstwahl sofort vornehmen lassen. (Zustimmung.)

Ich bitte, die Stimmzettel abzugeben.

(Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich werde das Skrinium sofort vornehmen lassen und noch im Laufe der Sitzung das Resultat bekannt geben.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor Mittwoch, den 21. Jänner, 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Erste Lesung der Vorlage der Staatsregierung (623 der Beilagen), betreffend die große Vermögensabgabe.

2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Dr. Gürtler und Genossen (454 der Beilagen), betreffend die Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes (594 der Beilagen).

Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, mein Vorschlag gilt demnach als genehmigt.

Bei der eben vorgenommenen Wahl eines Ersatzmannes in den Ausschuß für Heerwesen wurden abgegeben 66 Stimmzettel. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 34. Mit 66 Stimmen gewählt erscheint der Herr Abgeordnete Dr. Gimpl.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 6 Uhr 55 Minuten abends.